



421 Bericht von Nicolas Legewie und Sandra Bohmann

Sozialer Auf- und Abstieg: Angleichung bei Männern und Frauen

- Untersuchung des sozialen Auf- und Abstiegs im Hinblick auf die berufliche Position im Vergleich zu den Eltern
- Mobilitätsmuster für Männer und Frauen haben sich im Beobachtungszeitraum einander weitgehend angeglichen
- Die Wahrscheinlichkeit, einen hohen beruflichen Status zu erreichen, hängt weiterhin stark vom Berufsstatus der Eltern ab

432 Interview mit Nicolas Legewie



433 Bericht von Mila Staneva

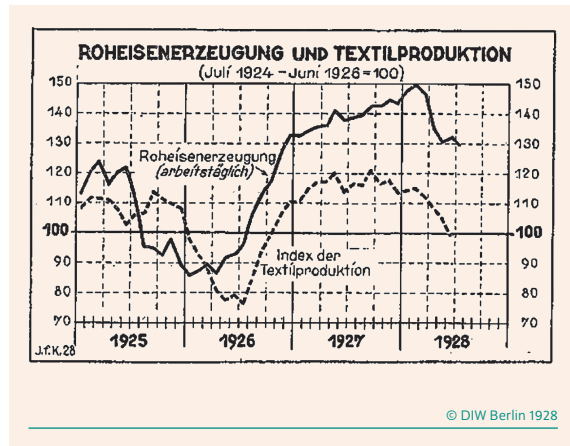
Bachelor-Studierende mit Nebenjobs haben kaum schlechtere Noten, brauchen für ihr Studium aber etwas länger

- Erwerbstätige Bachelor-Studierende verbringen im Schnitt 20 Prozent der Regelstudienzeit in Nebenjobs
- Abschlussnoten von jobbenden StudentInnen sind nur marginal schlechter, sie brauchen aber etwas mehr Zeit
- Flexiblere Studienangebote und geplante BAföG-Erhöhung könnten schnelleren Studienabschluss ermöglichen

446 Kommentar von Ferdinand Fichtner

Handels poker mit Trump: Euro- päische Geschlossenheit trotz unter- schiedlicher Positionen

Geschäftsgang und Zahlungsverkehr



Auftragseingang und Beschäftigungsgrad scheinen im Juli – soweit darüber schon Berichte aus der Industrie vorliegen – im Ganzen weiter leicht gesunken zu sein. Nur vereinzelt ergeben sich leichte Erhöhungen, die aber in den meisten Fällen als jahreszeitlich bedingt anzusehen sind. So ist im Kohlebergbau eine saisonmige Absatzbelebung festzustellen. Auch in der Spielwarenindustrie haben die Vorbereitungen auf das Weihnachtsgeschäft zu einer Zunahme der Beschäftigung geführt. (Hier ist sogar infolge groerer Auslandsauftrge die Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr wesentlich gestiegen, sodass sich ein gewisser Mangel an Facharbeitern bemerkbar macht.) hnliche Saisoneinflsse ermöglichten in einigen Zweigen der Textilveredelungsindustrie, der Süßwaren- und der Konservenindustrie eine Zunahme des Beschäftigungsgrades. In den übrigen Industriezweigen hat sich jedoch der Konjunkturrückgang fortgesetzt. Die Eisenproduktion ist nach einer leichten Erhöhung im Juni im Monat Juli weiter gesunken. In den meisten Branchen der metallverarbeitenden Industrien hat sich der Geschäftsgang ebenfalls verschlechtert.

Aus dem Wochenbericht Nr. 20 vom 15. August 1928

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89–0 Fax: –200

85. Jahrgang 16. Mai 2018

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Dr. Ferdinand Fichtner; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Johanna Mllerstrrm; Ph.D.; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Guido Neidhöfer; Stefan Etgeton

Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann; Matthias Laugwitz; Markus Reiniger; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

 imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter www.diw.de/newsletter

Sozialer Auf- und Abstieg: Angleichung bei Männern und Frauen

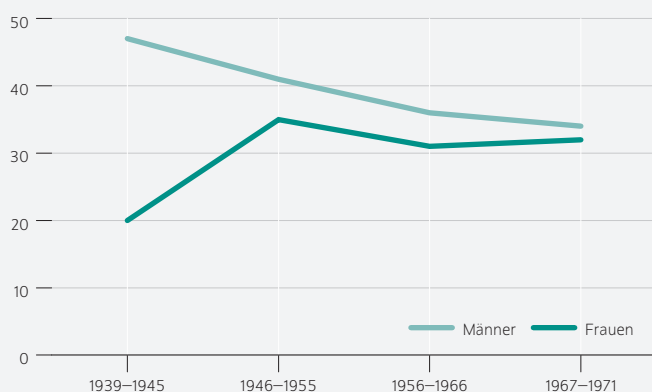
Von Nicolas Legewie und Sandra Bohmann

- Untersuchung des sozialen Auf- und Abstiegs im Hinblick auf die berufliche Position im Vergleich zu den Eltern
- Veränderungen im Niveau der sozialen Stellung werden beobachtet
- Die Wahrscheinlichkeit, einen hohen beruflichen Status zu erreichen, hängt weiterhin stark vom Berufsstatus der Eltern ab
- Mobilitätsmuster für Männer und Frauen haben sich im Beobachtungszeitraum einander weitgehend angeglichen
- Männer steigen öfter ab als früher, während Frauen öfter aufsteigen

Angleichung der sozialen Auf- und Abstiege bei Männern und Frauen

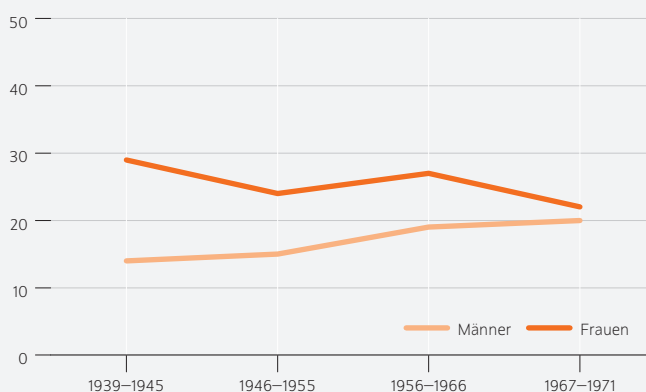
In Prozent

Soziale Aufstiege von Männern und Frauen



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von SOEP v.33.1.

Soziale Abstiege von Männern und Frauen



© DIW Berlin 2018

ZITAT

„Die Muster der Auf- und Abstiege haben sich bei Männern und Frauen fast angeglichen.“

— Nicolas Legewie, Studienautor —

MEDIATHEK



Nachgeforscht mit Nicolas Legewie und Sandra Bohmann
www.diw.de/mediathek

Sozialer Auf- und Abstieg: Angleichung bei Männern und Frauen

Von Nicolas Legewie und Sandra Bohmann

ABSTRACT

Diese Studie untersucht soziale Mobilität im Berufsstatus, das heißt Veränderungen in der beruflichen Position einer Person im Vergleich zu ihren Eltern. Dafür wurden Daten der Langzeitstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) zu westdeutschen Personen mittleren Alters ausgewertet, die zwischen 1939 und 1971 geboren wurden. Gegenüber den Eltern hat sich das Niveau der sozialen Stellung im Durchschnitt verbessert (absolute soziale Mobilität). Dagegen hat sich die relative soziale Mobilität, die die Durchlässigkeit der Gesellschaft misst, seit dem Zweiten Weltkrieg kaum verändert. Insgesamt gilt weiterhin, dass es deutlich wahrscheinlicher ist, selbst einen Beruf in der obersten Statusgruppe der leitenden Angestellten zu erreichen, wenn die eigenen Eltern bereits einen solchen Beruf hatten. Betrachtet man allerdings einzelne gesellschaftliche Gruppen, ist das Bild differenzierter. So haben sich die Mobilitätsmuster für Männer und Frauen im Beobachtungszeitraum weitestgehend einander angeglichen: Männer steigen öfter ab als früher, während Frauen öfter aufsteigen.

Einleitung

Mit dem Bild der „nach unten fahrenden Rolltreppe“ wurde ein neues Bild sozialer Mobilität in Deutschland zur Diskussion gestellt¹, das dem „Fahrstuhl, der alle mit nach oben nimmt“² entgegensteht. Diese Darstellung stellt das Bild der deutschen Gesellschaft als Aufstiegsgesellschaft in Frage und zeigt, dass weiterhin großer Forschungsbedarf zu diesem Thema besteht.

Ein Blick auf strukturelle Veränderungen der letzten Jahrzehnte lässt verschiedene Vermutungen zu. Eine Studie zeigte jüngst, dass die Einkommensungleichheit vor Steuern und Transferleistungen in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg gestiegen ist.³ Zudem könnte die in den vergangenen Jahren viel diskutierte „Great Gatsby“-Kurve einen negativen Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und sozialer Mobilität nahelegen: In Ländern mit hoher Einkommensungleichheit beobachtet man weniger soziale Mobilität.⁴ Folglich wäre zu vermuten, dass die soziale Mobilität seit dem Zweiten Weltkrieg gesunken ist. Demgegenüber könnten die Bildungsexpansion und der wirtschaftliche Aufschwung der Nachkriegszeit jedoch zu höherer sozialer Mobilität bei beruflichen Stellungen geführt haben.

Im folgenden Beitrag soll soziale Mobilität gemessen am Berufsstatus seit dem Zweiten Weltkrieg auf Basis der SOEP Daten für Westdeutschland näher untersucht werden.

Soziale Mobilität sollte differenziert betrachtet werden

Mit sozialer Mobilität werden hier Veränderungen in der beruflichen Position einer Person gegenüber ihren Eltern bezeichnet. Absolute soziale Mobilität beschreibt dabei die

¹ Oliver Nachtwey (2016): Die Abstiegsgesellschaft: über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin.

² Ulrich Beck (1986): Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

³ Charlotte Bartels (2018): Einkommensverteilung in Deutschland von 1871 bis 2013: Erneut steigende Polarisierung seit der Wiedervereinigung. DIW Wochenbericht Nr. 3, 51–58 (online verfügbar), abgerufen am 15. Mai 2018. Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt.

⁴ Miles Corak (2013): Income Inequality, Equality of Opportunity, and Intergenerational Mobility. Journal of Economic Perspectives, 27 (3): 79–102.

Veränderung im Niveau der sozialen Stellung gegenüber den Eltern: Eine Person, die als Facharbeiter tätig ist und deren Eltern ungelernte Arbeiter waren, hat absolut betrachtet einen sozialen Aufstieg vollzogen. Relative soziale Mobilität misst demgegenüber, inwiefern Kinder im Vergleich zu ihren Altersgenossen besser gestellt sind, als dies bei ihren Eltern im Vergleich zu deren Altersgenossen der Fall war: Wenn gleichzeitig mit dem Aufstieg zum Facharbeiter viele andere in der Gesellschaft ebenfalls aufsteigen, hat die Person ihre Position relativ zu anderen in der Gesellschaft unter Umständen nicht verändert oder ist sogar abgestiegen. Das heißt relative Mobilität abstrahiert von strukturellen Veränderungen, die zu einem Aufstieg aller Positionen führen – dem bereits erwähnten Fahrstuhleffekt. Relative Mobilität kann daher als Maß für die soziale Durchlässigkeit einer Gesellschaft verstanden werden.

Aus den verschiedenen Möglichkeiten, soziale Mobilität methodisch zu erfassen, werden in dieser Studie sogenannte Transitionsmatrizen verwendet, da sie ein differenziertes Bild von Auf- und Abstiegschancen ermöglichen (Kasten 1).

Für die Analysen zu sozialer Mobilität werden die vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Kantar Public (ehemals TNS Infratest Sozialforschung) erhobenen Daten der Langzeitstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) verwendet.⁵ Um die Vergleichbarkeit innerhalb des Samples zu erhöhen, beschränken sich die Analysen auf Personen, die zum Befragungszeitpunkt 45 Jahre alt waren⁶ und vor der Wiedervereinigung in der Bundesrepublik Deutschland lebten. Außerdem wurden Befragte ausgeschlossen, die erst kurz vor dem Messzeitpunkt nach Deutschland eingewandert waren.⁷ Unsere Untersuchung legt den Fokus damit auf Personen mittleren Alters, die zwischen 1939 und 1971 geboren wurden, und entweder aus Westdeutschland stammen oder zum Zeitpunkt der Messung ihrer beruflichen Stellung seit mindestens zehn Jahren in Westdeutschland lebten.

Zur Messung des sozialen Status wird im vorliegenden Bericht eine Klassifizierung nach Berufsstatus verwendet, welche sich in der deutschen Mobilitätsanalyse bewährt hat.⁸

⁵ Das SOEP ist eine repräsentative jährliche Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 auch in Ostdeutschland durchgeführt wird; vgl. Gert G. et al. (2008): Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). *ASIA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv* 2, Nr. 4, 301–328. In den folgenden Analysen wird auf die SOEP-Daten der Weitergabe v33.1 zurückgegriffen.

⁶ Die Messung der Ergebnisvariable zu einem einheitlichen Zeitpunkt im Alter von 45 Jahren ist sinnvoll, da in diesem Alter nur noch wenige Statusveränderungen innerhalb des verwendeten Berufsstatus-Schemas zu erwarten sind. Fehlende Informationen im Alter von 45 Jahren werden schrittweise mit den nächstgelegenen Informationen aufgefüllt, sofern diese vorhanden sind, d. h. 44 oder 46, 43 oder 47, usw. Die endgültige Altersspanne beträgt dadurch 40 bis 50 Jahre, wobei über 90 Prozent unserer Beobachtungen sich auf das Alter von 45 Jahren beziehen.

⁷ Dies betrifft vor allem die Stichproben M2, M3 und M4, in denen speziell Migranten und geflüchtete Personen befragt wurden. Martin Kroh et al. (2015): The 2013 IAB-SOEP Migration Sample (M1): Sampling Design and Weighting Adjustment. *SOEP Survey Papers, Series C – Data Documentation* (online verfügbar). Martin Kroh et al. (2017): Die IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Studiendesign und Feldergebnisse der Welle 1 (2016). *Politikberatung kompakt* Nr. 123, 4–17 (online verfügbar).

⁸ In Anlehnung an Robert Erikson und John H. Goldthorpe (1992): *The constant flux. A study of Class Mobility in Industrial Society* Oxford: Clarendon Press. Siehe auch Rainer Pollak (2010): *Kaum Bewegung, viel Ungleichheit: Eine Studie zu sozialem Auf- und Abstieg in Deutschland. Schriften zu Wirtschaft und Soziales*, Band 5. Olaf Groh-Samberg und Florian Hertel (2015): *Ende der Aufstiegs-Gesellschaft? In Oben – Mitte – Unten, Zur Vermessung der Gesellschaft* Bundeszentrale für Politische Bildung. 256–267.

Kasten 1

Messung von Dynamiken in der Verteilung sozialer Güter

Eine Methode, die vor allem in der soziologischen Forschung zur Messung sozialer Mobilität eingesetzt wird, sind sogenannte Transitionsmatrizen (Tabelle). Im Gegensatz zur Einkommens- und Bildungselastizität, welche ein Maß der sozialen Mobilität „im Mittel“ darstellen, erlauben Transitionsmatrizen eine differenziertere Betrachtung intergenerationaler sozialer Mobilität. Die Methode trägt Ursprungs- und Zielgruppen des Berufsstatus in einer Tabelle ab und macht gruppenspezifische Mobilitätsbewegungen zwischen einzelnen Zellen sichtbar. In der Tabelle lässt sich zum Beispiel ablesen, dass von 317 Personen, deren Eltern leitende Angestellte waren, fast ein Drittel wiederum selbst eine solche Position einnimmt.

Tabelle

Transitionsmatrix für die Beobachtungsgruppe (gewichtet) Anzahl der beobachteten Übergänge

		Berufsstatus 45-Jährige				Total
		Leitende Angestellte	(hoch-)qualifizierte Angestellte	Angestellte und Facharbeiter	un- und angelernte Arbeiter	
Herkunftsstatus (=Berufsstatus der Eltern)	Leitende Angestellte	105	117	81	15	317
	(Hoch-)qualifizierte Angestellte	108	424	344	54	931
	Angestellte und Facharbeiter	199	878	1 446	475	2 998
	Un- und angelernte Arbeiter	21	192	392	279	884
Total		432	1 612	2 262	823	5 129

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von SOEP v.33.1

© DIW Berlin 2018

In der Transitionsmatrix werden die Statusgruppen zweier Generationen kreuztabelliert. Dabei wird der Berufsstatus der Eltern in den Zeilen, der ihrer Kinder (d. h. der Beobachtungspersonen) in den Spalten abgetragen. Transitionsmatrizen zeigen also, aus welchen Ursprungshaushalten sich die jeweiligen Berufsstatusgruppen rekrutieren (Spalten) beziehungsweise welche Berufsstatusgruppen die Kinder einer bestimmten Statusgruppe erlangt haben (Zeilen). Auf der Diagonale sind Personen abgetragen, die denselben Berufsstatus wie ihre Eltern innehaben.

Tabelle 1
Schematische Einteilung des Berufsstatus in vier Kategorien

1	Leitende Angestellte: höhere Beamte, freie Berufe mit und ohne Angestellte (z. B. Rechtsanwälte, Ärzte), Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben
2	(Hoch) qualifizierte Angestellte: Angestellte mit qualifizierten Tätigkeiten, Angestellte mit hochqualifizierten Tätigkeiten und Leitungsfunktion, Beamte im Gehobenen Dienst, selbstständig Beschäftigte mit mehr als zehn Mitarbeitern.
3	Mittlere Angestellte: Angestellte mit einfachen Tätigkeiten mit Ausbildungsabschluss, Beamte im einfachen und mittleren Dienst)
3	Gelernte und FacharbeiterInnen: Vorarbeiter und Kolonnenführer, Meister, Polier, Industrie- und Werkmeister
3	Selbstständige und Landwirte: Selbstständig Beschäftigte mit bis zu neun Mitarbeitern, sowie Landwirte mit bis zu neun Mitarbeitern
4	Un- und angelernte Arbeiter: und Angestellte mit einfachen Routinetätigkeiten ohne Ausbildungsabschluss

Quelle: Eigene Darstellung.

© DIW Berlin 2018

Kasten 2
Kodierung des Berufsstatus-Schemas

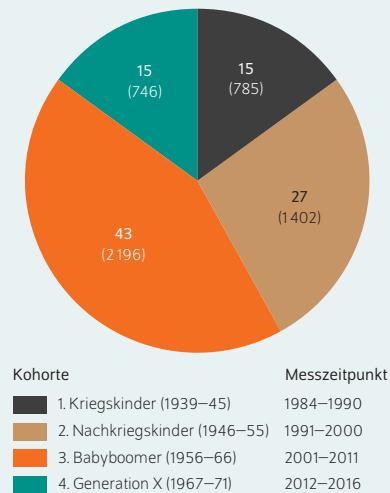
Zur Erstellung der Berufsstatusgruppen wurden zunächst Gruppen auf Basis der subjektiv eingeschätzten Stellung im Beruf gebildet (Tabelle 1). Die subjektiven Angaben zur Stellung im Beruf werden geprüft, indem auch Informationen zum ausgeführten Beruf ausgewertet werden. Bei deutlichem Auseinanderfallen der beiden Indikatoren wurden die entsprechenden Personen dem ausgeführten Beruf gemäß umgruppiert. So werden etwa Richter, Anwälte, Chemiker und andere Naturwissenschaftler, Direktoren und Hauptgeschäftsführer, Universitäts- und Hochschullehrer in die erste Statusgruppe eingeordnet, auch wenn sie nach eigener Einschätzung eine geringere berufliche Stellung innehaben. Techniker und andere nichttechnische Berufe werden der zweiten Statusgruppe zugeordnet. Personen mit einfachen angestellten Tätigkeiten (ISCO88 Codes über 4 000) sowie technische Angestellte und Handwerker (ISCO88 Codes von 7000 bis 8 999) werden in die dritte Statusgruppe gruppiert. Alle Hilfsarbeiter (ISCO88 Codes über 9 000) sowie ungelernte Verkäufer, Promotion-Mitarbeiter und Ticketkontrolleure werden der vierten Statusgruppe zugewiesen (un- und angelernte Arbeiter).

Sie berücksichtigt sowohl den Beruf als auch die individuelle Einschätzung der beruflichen Stellung (Kasten 2). Für die Elterngeneration wird die jeweils höhere Einstufung verwendet, sofern Informationen für beide Elternteile vorliegen.

Das verwendete Schema teilt die Berufe in vier Statusgruppen ein (Tabelle 1). Die erste Statusgruppe setzt sich aus leitenden Angestellten und Freiberuflern wie zum Beispiel ÄrztInnen zusammen. Die zweite Statusgruppe besteht aus qualifizierten und hochqualifizierten Angestellten wie zum Beispiel BuchhalterInnen. Die dritte Statusgruppe beinhaltet Angestellte mit einfachen Tätigkeiten und gelernte FacharbeiterInnen wie zum Beispiel IndustriemechanikerInnen. Die vierte Statusgruppe schließlich setzt sich aus

Abbildung 1
Übersicht zu Kohorten und Messzeitraum, Fallzahlen der einzelnen Kohorten (gewichtet)

In Prozent; Anzahl der Beobachtungen in Klammern



Quelle: SOEP v33.1.

© DIW Berlin 2018

Bei allen Beobachtungspersonen wurde der berufliche Status in der Lebensmitte, mit ca. 45 Jahren gemessen.

un- und angelernten ArbeiterInnen wie zum Beispiel HilfsarbeiterInnen in der Fertigung zusammen. Selbstständige und Landwirte werden je nach der Anzahl der beschäftigten MitarbeiterInnen der zweiten beziehungsweise der dritten Statusgruppe zugeordnet.

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich die Arbeitswelt stark gewandelt. Typische Betätigungen in den einzelnen Berufsgruppen haben sich verändert und einzelne Berufe sind ganz verschwunden. Um Vergleichbarkeit über die Zeit zu gewährleisten differenziert die verwendete Klassifizierung der Berufsgruppen vor allem nach der Stellung im Beruf sowie der Komplexität der benötigten Fertigkeiten anstatt nach den konkret in den einzelnen Berufen anfallenden Tätigkeiten. Durch die tätigkeitsunabhängige Definition der Berufsgruppen ist es möglich Berufsgruppen über einen langen Zeitraum hinweg miteinander zu vergleichen.

Strukturwandel fördert soziale Mobilität

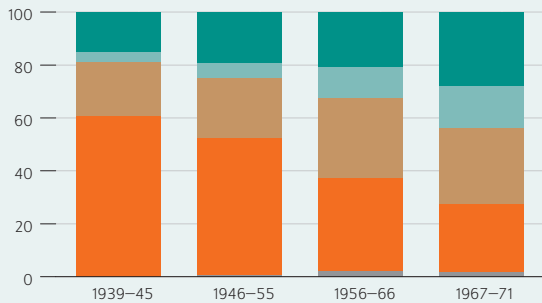
Um aufzuzeigen, wie sich soziale Mobilität in Deutschland im Zeitverlauf verändert, werden viele der nachfolgenden Analysen getrennt nach Geburtskohorten ausgeführt (Abbildung 1). Es wird zwischen Kriegs- und Nachkriegskindern, den Babyboomern sowie der sogenannten Generation X unterschieden.

Bei einer Betrachtung der Verteilungen von Bildungsabschlüssen und Berufsstatus für Eltern und Kinder getrennt nach Kohorten wird die Bildungsexpansion deutlich sichtbar

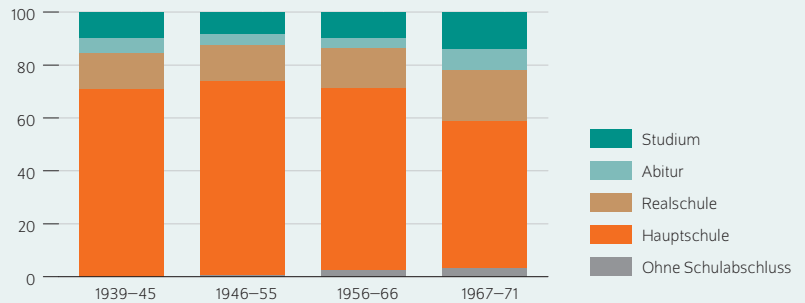
Abbildung 2

Bildungs- und Statusverteilung für Eltern und Kinder Nach Kohorten (gewichtet) in Prozent

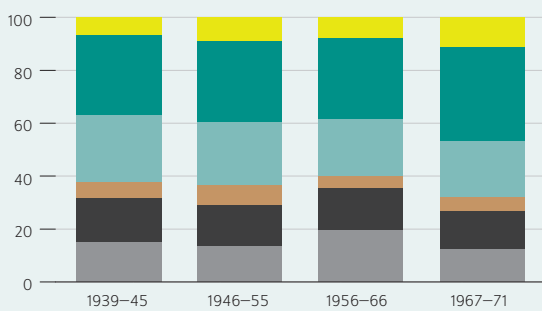
Bildungsverteilung der 45-jährigen



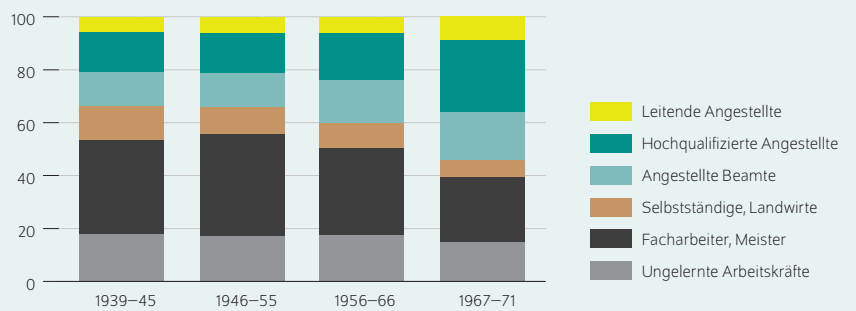
Bildungsverteilung der Eltern



Statusverteilung der 45-jährigen



Statusverteilung der Eltern



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von SOEP v.33.1

© DIW Berlin 2018

Die Auswirkungen der Bildungsexpansion und des Strukturwandels sind in den Abbildungen deutlich erkennbar.

(Abbildung 2). Der Anteil der Abiturienten und Studienabschlüsse hat sich von den Geburtsjahrgängen 1939-1945 zur Generation X von circa 19 auf knapp 45 Prozent erhöht, während Anteil der Hauptschulabschlüsse von 65 auf 23 Prozent gesunken ist.

Beim Berufsstatus ist der oben angesprochene Fahrstuhleffekt ebenfalls deutlich erkennbar. In der Beobachtungsgruppe ist der Anteil höherer Statuspositionen in jeder Kohorte deutlich höher als bei ihren Eltern. Auch zwischen den Kohorten ist dieser Fahrstuhleffekt sichtbar. Der Anteil der Personen in der ersten und zweiten Statusgruppe ist von 35 auf etwa 45 Prozent gestiegen. Gleichzeitig ist auch der Anteil der Personen zurückgegangen, die in die vierte Statusgruppe (un- und angelernte Arbeiter) fallen. Die strukturellen Veränderungen in der Bildungs- sowie der Erwerbslandschaft implizieren, dass es in jeder Kohorte mehr absolute Auf- als Abstiege geben muss. Veränderungen in absoluten Mobilitätsraten in einer Gesellschaft können also prinzipiell sowohl auf Veränderungen in der Mobilität der Gesellschaft als auch auf strukturelle Veränderungen wie

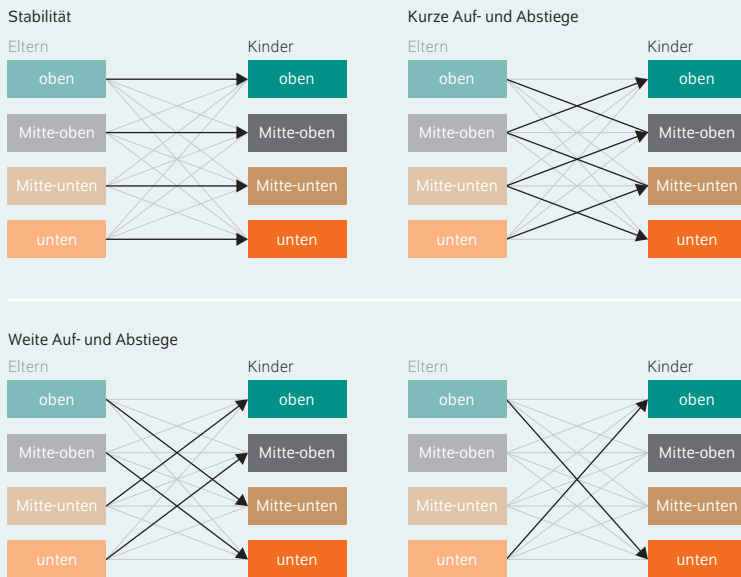
etwa den technologischen Wandel zurückzuführen sein. Im Folgenden werden zunächst absolute Mobilitätsraten etwas genauer betrachtet, in die auch strukturelle Veränderungen einfließen.

In allen untersuchten Kohorten werden mehr Auf- als Abstiege beobachtet

Es stellt sich die Frage, wie verbreitet soziale Mobilität über die beobachteten Kohorten hinweg ist. Darüber kann die Untersuchung der Übergänge zwischen den Generationen in Bezug auf vier Status-Kategorien Aufschluss geben (Abbildung 3). Es zeigt sich, dass mehr als die Hälfte der Befragungspersonen einen anderen Berufsstatus als ihre Eltern haben (Tabelle 2). Der Anteil derer, die einen ähnlichen Status wie ihre Eltern einnehmen, hat sich im Beobachtungszeitraum dabei nicht signifikant verändert. Auch bei den Auf- und Abstiegen zeigen sich nur wenig signifikante Veränderungen über die Zeit hinweg: In jeder Kohorte steigen mehr Personen auf als ab.

Abbildung 3

Schematische Darstellung der untersuchten Mobilitätsmuster



Anmerkung: Stabil ist, wer dieselbe Statusposition wie die Eltern erreicht (3A). „Kurze Auf- und Abstiege“ bezeichnen jeweils einen Wechsel in die nächsthöhere oder -niedrigere Statusposition (3B). Als „weite Auf- und Abstiege“ werden Veränderungen bezeichnet, bei denen mindestens eine Statusposition übersprungen wird (3C).

Quelle: Eigene Darstellung.

© DIW Berlin 2018

Tabelle 2

Mobilitätsmuster nach Kohorten

In Prozent (gewichtet)

	Mobilität gesamt					
	weite Aufstiege	Aufstiege	Stabil	Abstiege	weite Abstiege	Mobil. gesamt
Untere Grenze	8	24	42	15	3	58
1939–45	9	26	44	16	4	56
Obere Grenze	11	28	47	18	5	53
Untere Grenze	8	27	40	16	1	60
1946–55	9	30	43	18	2	57
Obere Grenze	10	32	45	19	2	55
Untere Grenze	7	25	42	18	3	58
1956–66	7	26	44	19	3	56
Obere Grenze	8	27	46	21	4	54
Untere Grenze	6	23	43	16	2	57
1967–71	8	25	46	18	3	54
Obere Grenze	9	28	49	20	4	51
Anzahl der Beobachtungen	5129					

Anmerkung: Die Tabelle beschreibt die Anteile einer Kohorte, die jeweils weite oder kurze Aufstiege und Abstiege erleben, sowie den Anteil der Personen, die keinen Wechsel in der Statusposition erfahren.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von SOEP v.33.1.

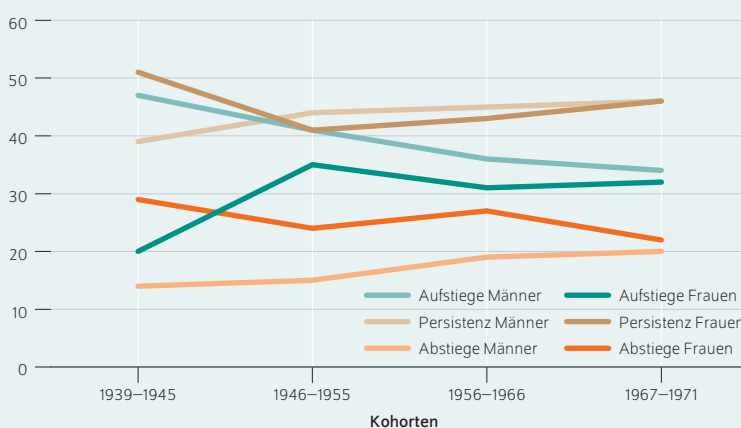
© DIW Berlin 2018

Die Mobilitätsstruktur hat sich über die Kohorten hinweg nur wenig verändert.

Abbildung 4

Mobilitätsmuster getrennt nach Geschlecht und Kohorten

Übergänge in Prozent



Anmerkung: Kurze und weite Auf- und Abstiege wurden hier zusammengefasst.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von SOEP v.33.1.

© DIW Berlin 2018

Im Beobachtungszeitraum haben sich Geschlechterunterschiede in der Mobilität weitestgehend angepasst.

Diesen geringen Unterschieden zwischen den Kohorten stehen einige punktuelle Differenzen gegenüber. So tritt etwa die Kohorte der Nachkriegszeit mit besonders wenigen weiten Abstiegen hervor. Als „weite Auf- und Abstiege“ werden Veränderungen bezeichnet, bei denen mindestens eine Statusgruppe übersprungen wird (zum Beispiel die Tochter eines Industriemechanikers, die selbst Ärztin wird). „Kurze Auf- und Abstiege“ bezeichnen jeweils einen Wechsel in die nächsthöhere oder -niedrigere Statusgruppe (zum Beispiel der Sohn einer Buchhalterin, der selbst Maurer wird). Als stabil wird bezeichnet, wer dieselbe Statusgruppe wie die Eltern erreicht. Eine Erklärung für den besonders geringen Anteil an weiten Abstiegen in der Kohorte der Nachkriegszeit könnte die Unterschichtung der deutschen Bevölkerung durch Gastarbeiter in den späten 50er und 60er Jahren sein.⁹ In den geburtenstarken Jahrgängen der Babyboomer ist eine deutlich geringere Quote von Auf- relativ zu Abstiegen als die anderen Kohorten zu beobachten.

Die Mobilitätsraten von Männern und Frauen haben sich angeglichen

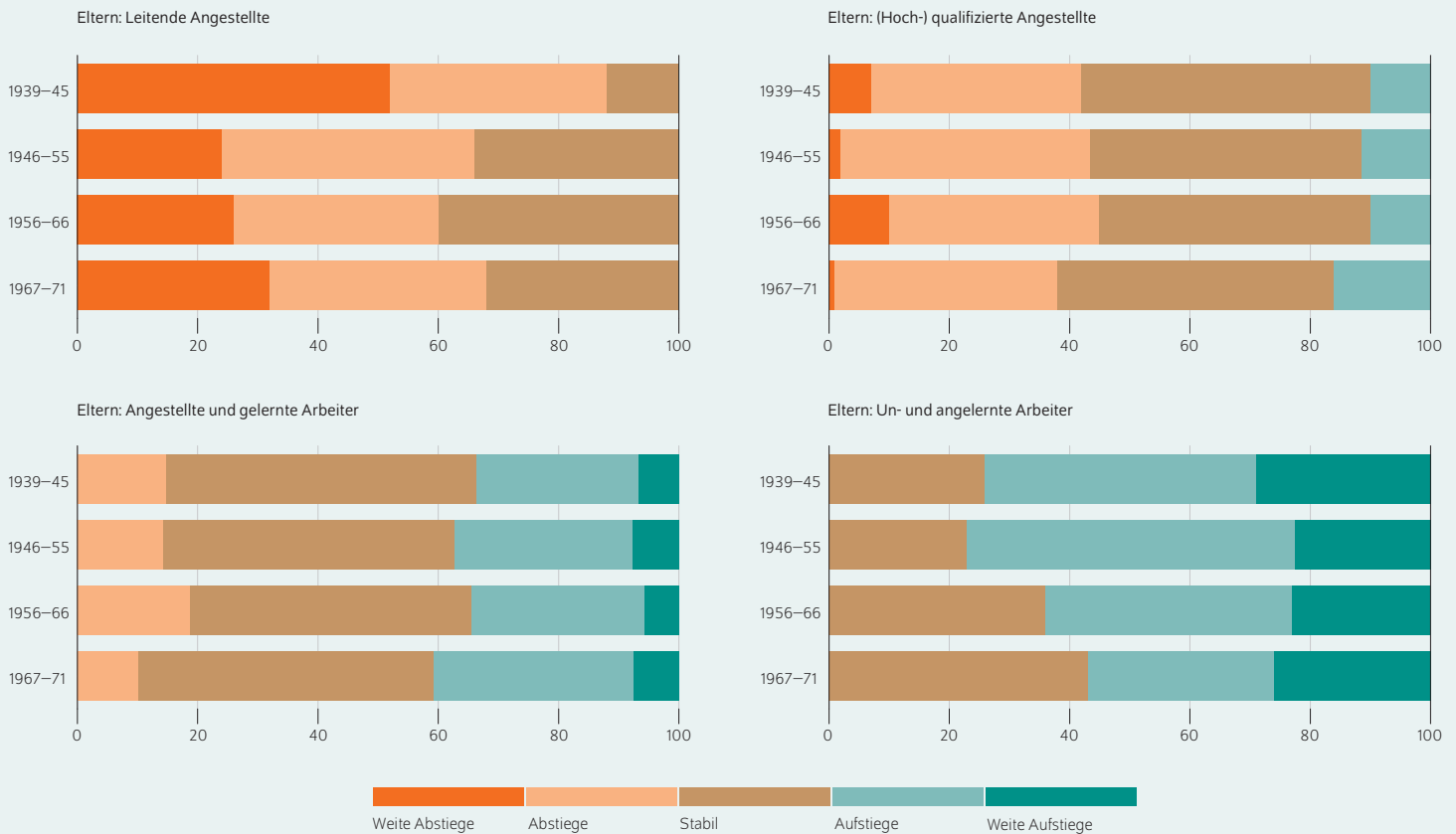
Betrachtet man die Entwicklung von absoluten Auf- und Abstiegen getrennt nach Geschlechtern (Abbildung 4), ist bei den Männern ein deutlicher Rückgang der Aufstiege von knapp 50 auf knapp 35 Prozent bei gleichzeitiger Zunahme der Abstiege zu erkennen. Wie bereits in Vorgängerstudien

9 Rainer Geißler (2006): Die Sozialstruktur Deutschlands. Wiesbaden, 241f.

Abbildung 5

Mobilitätsstruktur nach Herkunftsklassen im Kohortenvergleich

Übergänge in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von SOEP v.33.1.

© DIW Berlin 2018

In der großen Gruppe der gelernten und Facharbeiter gab es im Kohortenverlauf nur wenig Veränderungen in den absoluten Mobilitätsraten.

gezeigt, sind Aufstiege unter Frauen im Zeitverlauf von 20 auf 32 Prozent angestiegen.¹⁰ Diese Entwicklung ist vermutlich auf die zunehmend verbesserte Bildungsbeteiligung und Arbeitsmarktpartizipation der Frauen zurückzuführen.¹¹

Ob Mobilität zu mehr oder weniger Ungleichheit führt hängt davon ab, wer mobil ist.

Die bisher diskutierten Befunde zeichnen das Bild einer Aufstiegsgesellschaft: in jeder Kohorte steigen mehr Personen auf als ab, während knapp über 40 Prozent keine Statusveränderungen erleben. Über die Kohorten ändert sich am Anteil der Aufwärtsmobilität wenig, wobei sich die Raten

zwischen Männern und Frauen angleichen. Für Fragen sozialer Ungleichheit ist es jedoch wichtig zu wissen, welche Gruppen in der Gesellschaft besonders mobil beziehungsweise immobil sind. Steigt die Mobilität in den untersten und obersten Berufsstatusgruppen, wird Ungleichheit eher sinken. Hohe Stabilität in diesen Statusgruppen führt eher dazu, dass sich die Schere weiter öffnet. Zudem ist es wichtig zu betrachten, welche Dynamiken in der Mitte vorliegen: Stabilität, Aufstiege, oder Abstiege? Wiederum können die verschiedenen Statusgruppen betrachtet werden (Abbildung 5). In den folgenden Abschnitten werden die Dynamiken in diesen Gruppen näher beleuchtet.

Statusstabilität hat unter un- und angelernten ArbeiterInnen zugenommen.

Am deutlichsten zeigt sich der Anstieg der Statusstabilität in der vierten Statusgruppe, den un- und angelernten ArbeiterInnen. Die beiden jüngeren Kohorten unterscheiden sich jeweils signifikant von den älteren Kohorten. Die Angst, den

¹⁰ Rainer Pollak (2010): Kaum Bewegung, viel Ungleichheit: Eine Studie zu sozialem Auf- und Abstieg in Deutschland. Schriften zu Wirtschaft und Soziales, Band 5. Olaf Groh-Samberg und Florian Hertel (2015): Ende der Aufstiegsgesellschaft? In: Oben – Mitte – Unten Zur Vermessung der Gesellschaft Bundeszentrale für Politische Bildung, 256–267.

¹¹ Gudrun Quenzel und Klaus Hurrelmann (2010): Geschlecht und Schulerfolg: Ein soziales Stratifikationsmuster kehrt sich um. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 62 (1), 61–91. Rainer Geißler (2006): Die Sozialstruktur Deutschlands. Wiesbaden, 372 ff.

Anschluss zu verlieren, scheint insofern nicht unbegründet. Dennoch schafft in allen Kohorten etwa ein Viertel der Personen der niedrigsten Herkunftsgruppe einen weiten Aufstieg in die erste Statusgruppe oder zweite Statusgruppe. Allerdings sind es gerade einmal 0,4 Prozent der Stichprobe, die den Sprung aus einem Elternhaus der vierten in die erste Statusgruppe der (hoch-)qualifizierten oder leitenden Angestellten schaffen (wie zum Beispiel die Tochter von Hilfsarbeitern in der Fertigung, die selbst Bauingenieurin wird). Diese weiteste Form des sozialen Aufstiegs ist also äußerst selten.

In der ersten Statusgruppe (leitende Angestellte) wird die Zäsur des Zweiten Weltkrieges deutlich sichtbar. Die Kohorte der Kriegskinder hatte deutlich mehr weite Abstiege zu verzeichnen als alle anderen Kohorten. Auch wenn sich unter den jüngeren Kohorten ein Anstieg der weiten Abstiege von 23 auf 32 Prozent abzuzeichnen scheint, sind die Unterschiede unter den Kohorten aufgrund zu geringer Fallzahlen nicht signifikant.

Die wenigsten der weiten Abstiege führen von ganz oben nach ganz unten: Gerade einmal 0,3 Prozent steigen aus der ersten Statusgruppe in die vierte Statusgruppe ab. Die Statusstabilität in der ersten Statusgruppe blieb, abgesehen von den Kriegskindern, ebenfalls unverändert und liegt bei circa 30 Prozent.

Keine vermehrten Abstiege aus der Mitte

Die beiden mittleren Statusgruppen zeigen insgesamt relativ geringe Unterschiede zwischen den Kohorten, mit der Ausnahme leicht steigender Aufwärtsmobilität in der zweiten Statusgruppe.

Die zweite Statusgruppe ((hoch-)qualifizierte Angestellte) zeigt für die letzte Kohorte im Vergleich zu den vorangegangenen Kohorten zunehmende Aufstiege in die erste Statusgruppe: Der Anteil der Aufstiege aus der zweiten Statusgruppe hat sich von 10 auf 16 Prozent erhöht. Etwa die Hälfte der (hoch-)qualifizierten Angestellten kann ihren Status erhalten. Knapp 40 Prozent der (hoch-)qualifizierten Angestellten steigen jedoch auch in die dritte Statusgruppe ab. Kriegskinder und Babyboomer mussten deutlich mehr weite Abstiege hinnehmen, als die jüngste Kohorte und die Nachkriegskinder. Insgesamt zeigen sich in der zweiten Statusgruppe die geringsten Unterschiede zwischen den Kohorten.

Auch in der Gruppe der gelernten ArbeiterInnen, Facharbeiterinnen und einfachen Angestellten ist insgesamt relativ wenig Bewegung zwischen den Kohorten zu beobachten. Weite Aufstiege verbleiben konstant auf relativ niedrigem Niveau um die sieben Prozent. Kurze Aufstiege bleiben ebenfalls größtenteils stabil bei ungefähr 30 Prozent. Etwa die Hälfte der Personen verbleibt in der dritten Statusgruppe. Die jüngste Kohorte zeigt deutlich weniger Abstiege als alle anderen Kohorten. Auch hier fallen die Babyboomer mit besonders vielen Abstiegen auf.

Insgesamt scheint die Lage der Mitte der Verteilung relativ stabil zu sein.

Kaum Veränderungen in der Durchlässigkeit

Die bisher präsentierten Befunde zur absoluten Mobilität zeichnen ein differenziertes Bild sozialer Mobilität seit dem Zweiten Weltkrieg: vermehrte Statusstabilität in der Gruppe der un- und angelernten ArbeiterInnen, einige kleinere Aufstiege aus der Gruppe der (hoch-)qualifizierten Angestellten in die Gruppe der leitenden Angestellten und FreiberuflerInnen in den jüngsten Kohorten. Insgesamt zeigt sich jedoch ein hohes Maß an Stabilität in den verschiedenen Statusgruppen. Es stellt sich nun die Frage, ob sich diese Befunde bestätigen, wenn man von strukturellen Entwicklungen abstrahiert und relative Mobilität untersucht. Hierüber kann die Betrachtung sogenannter Quotenverhältnisse Aufschluss geben (Tabelle 3), die einen Vergleich relativer Mobilitätschancen von Herkunftsgruppen nach Kohorten ermöglichen. Das Quotenverhältnis gibt an, um welchen Faktor sich die Wahrscheinlichkeit eines Übergangs in eine bestimmte Statusgruppe nach der Gruppe der Eltern relativ zur Vergleichsgruppe (hier Eltern in der dritten Statusgruppe) unterscheidet (Kasten 3).

Verglichen mit einer Person, deren Eltern in der dritten Statusgruppe waren (das heißt Angestellte oder Facharbeiter), war es für Kriegskinder mit Eltern aus der ersten Statusgruppe gut zweimal wahrscheinlicher, selbst einen Beruf in dieser Statusgruppe anstatt eines Berufs in der dritten Statusgruppe zu erlangen. In den beiden darauffolgenden Kohorten stieg dieses Verhältnis auf eine gut elffache Wahrscheinlichkeit. Das heißt, die erste Statusgruppe war hier nach unten hin abgeschlossener. In der jüngsten Kohorte hatten Kinder von Eltern der ersten Statusgruppe dagegen „nur“ eine knapp 5,5-mal so hohe Chance wie Kinder von Angestellten und Facharbeitern, auf eine Position in der ersten Statusgruppe. Dies könnte als eine leichte Öffnung der obersten Statusgruppe interpretiert werden.

Für Kinder von (hoch-)qualifizierten Angestellten zeigt sich ein etwas anderes Bild. Die Wahrscheinlichkeit, eine Position als leitender Angestellter einzunehmen oder Freiberufler zu werden, anstatt einen kurzen Abstieg in die Gruppe der Facharbeiter zu erleben, im Vergleich zur Wahrscheinlichkeit von Kindern von Facharbeitern und einfachen Angestellten, in die oberste Berufsgruppe aufzusteigen anstatt in ihrer Herkunftsgruppe zu verbleiben, ist leicht gesunken, während die Wahrscheinlichkeit für kurze Aufstiege aus der dritten Statusgruppe (Angestellte und Facharbeiter) bis zur Kohorte der Baby Boomer leicht stieg und seitdem auf diesem Niveau verblieb. Dies legt zunächst nahe, dass sich die relative Statusstabilität in der zweiten Statusgruppe und besonders in der ersten Statusgruppe im Kohortenvergleich etwas reduziert hat.

In der vierten Statusgruppe (un- und angelernte ArbeiterInnen) deutet sich eine steigende Statusstabilität über die Kohorten hinweg an. Für Kinder von un- und angelernten

Tabelle 3

Übergänge nach Status der Eltern Quotenverhältnisse

	1939–45	1946–55	1956–65	1966–71
Eltern: Leitende Angestellte und FreiberuflerInnen				
Kind: Leitende Angestellte und Freiberufler	2,372 (0,122)	11,167*** (0,000)	11,112*** (0,000)	5,419*** (0,000)
Kind: (Hoch-)qualifizierte Angestellte	2,111 (0,101)	2,020*** (0,021)	2,373*** (0,000)	2,368*** (0,001)
Kind: Gelernte und FacharbeiterInnen sowie einfache Angestellte	Vergleichskategorie			
Kind: Un- und angelernte ArbeiterInnen	0,316 (0,127)	0,324** (0,020)	0,338*** (0,001)	0,622*** (0,272)
Konstante	0,140*** (0,000)	0,168*** (0,000)	0,180*** (0,000)	0,185*** (0,000)
Eltern: (Hoch-)qualifizierte Angestellte				
Kind: Leitende Angestellte und Freiberufler	0,881 (0,296)	0,980*** (0,004)	0,999*** (0,000)	0,762** (0,047)
Kind: (Hoch-)qualifizierte Angestellte	1,151*** (0,000)	1,183*** (0,002)	1,197*** (0,000)	1,203*** (0,000)
Kind: Gelernte und FacharbeiterInnen sowie einfache Angestellte	Vergleichskategorie			
Kind: Un- und angelernte ArbeiterInnen	0,978 (0,939)	0,720 (0,118)	0,836 (0,188)	0,896 (0,634)
Konstante	1,686*** (0,000)	1,885*** (0,000)	2,015*** (0,000)	2,005*** (0,000)
Eltern: Gelernte und FacharbeiterInnen sowie einfache Angestellte	Vergleichskategorie Eltern			
Eltern: Un- und angelernte ArbeiterInnen				
Kind: Leitende Angestellte und Freiberufler	0,233 (0,163)	1,709 (0,357)	0,436* (0,063)	0,162* (0,078)
Kind: (Hoch-)qualifizierte Angestellte	0,776 (0,595)	0,232*** (0,002)	0,551*** (0,003)	0,260*** (0,001)
Kind: Gelernte und FacharbeiterInnen sowie einfache Angestellte	Vergleichskategorie			
Kind: Un- und angelernte ArbeiterInnen	1,784* (0,055)	1,426* (0,096)	1,966*** (0,000)	3,025*** (0,000)
Konstante	0,287*** (0,000)	0,366*** (0,000)	0,382*** (0,000)	0,309*** (0,000)
Beobachtungen	538	953	2794	1650

Anmerkung: p-Werte sind in Klammern angegeben. Der p-Wert zeigt die Wahrscheinlichkeit an, dass sich die Quote von der Vergleichskategorie nicht unterscheidet. * p<0,10, ** p<0,05, *** p<0,01.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von SOEP v.33.1.

© DIW Berlin 2018

Personen, deren Eltern in der Gruppe der leitenden Angestellten waren, haben noch immer eine sehr viel höhere Wahrscheinlichkeit, selbst einen Beruf der obersten Berufsgruppe zu erlangen. Die Wahrscheinlichkeit, in der Statusgruppe der un- und angelernten Arbeiter zu verharren, ist über die Kohorten hinweg gestiegen.

Kasten 3

Zur Berechnung relativer Mobilitätswahrscheinlichkeiten mit Quotenverhältnissen

Das Quotenverhältnis (auch Odds Ratio genannt) ist ein Maß bei dem zwei Quoten oder Wahrscheinlichkeiten ins Verhältnis gesetzt werden. Es werden die Wahrscheinlichkeiten von Personen aus verschiedenen Herkunftsgruppen, in einer bestimmten Statusgruppe zu landen, verglichen. Der Vergleich der Wahrscheinlichkeiten erfolgt dabei immer mit einer Referenzgruppe.

Nimmt man an, dass es nur die beiden Statusgruppen „hoch“ und „niedrig“ gibt, wird zuerst errechnet, wie wahrscheinlich es für Personen aus Herkunft „hoch“ beziehungsweise „niedrig“ ist, einen Beruf der Gruppe „hoch“ zu erreichen. Außerdem wird berechnet, wie wahrscheinlich es für Personen aus Herkunft „hoch“ beziehungsweise „niedrig“ ist, einen Beruf der Gruppe „niedrig“ zu erreichen. Setzt man diese Wahrscheinlichkeiten ins Verhältnis, erhält man das sogenannte Quotenverhältnis. Unter Verwendung der fiktiven Wahrscheinlichkeiten „hoch“ → „hoch“: 70 Prozent, „hoch“ → „niedrig“: 30 Prozent, „niedrig“ → „hoch“: 40 Prozent und „niedrig“ → „niedrig“: 60 Prozent, ergibt sich folgende Berechnung:

$$\text{Quotenverhältnis} = \frac{\frac{70\%}{30\%}}{\frac{40\%}{60\%}} = \frac{2,33}{0,66} = 3,53$$

In diesem fiktiven und vereinfachten Beispiel hat eine Person aus Herkunftsgruppe „hoch“ also eine 3,5 mal so hohe Wahrscheinlichkeit, einen Beruf der Berufsgruppe „hoch“ als der Berufsgruppe „niedrig“ zu erreichen, im Vergleich mit einer Person der Herkunftsgruppe „niedrig“.

Für mehrere Herkunfts- und Zielstatusgruppen können Quotenverhältnisse für die verschiedensten Vergleichspaare errechnet werden. Sie sind als Zusammenhangsmaß attraktiv, da sie es erlauben, von strukturellen Veränderungen am Arbeitsmarkt zu abstrahieren, die die gesamte Geburtskohorte in gleicher Weise betreffen.

In Tabelle 3 dient die dritte Berufsstatusgruppe der Angestellten und Facharbeiter als Referenzgruppe. Die gezeigten Quotenverhältnisse zeigen also die Wahrscheinlichkeit der verschiedenen Gruppen an, relativ zur entsprechenden Wahrscheinlichkeit dieser Referenzgruppe einen bestimmten Berufsstatus zu erreichen jeweils im Vergleich zur Wahrscheinlichkeit beider Herkunftsgruppen, einen Beruf der dritten Gruppe der gelernten ArbeiterInnen und FacharbeiterInnen zu erlangen.

Arbeitern hat sich die Wahrscheinlichkeit in die Oberste Statusgruppe aufzusteigen leicht verringert, im Vergleich zur Wahrscheinlichkeit, in die dritte Statusgruppe abzu- steigen. Dieser Trend ist allerdings nur schwach signifi- kant. Die Wahrscheinlichkeit für Kinder von Eltern der vier- ten Statusgruppe, wieder in dieser Gruppe zu landen, war in der Kohorte der Nachkriegsjahre am niedrigsten (knapp 1,5-fache Wahrscheinlichkeit) und stieg seitdem an, auf eine 3-fache Wahrscheinlichkeit in der jüngsten Kohorte (Gene- ration X). Dies deutet auf eine erhöhte Statusstabilität in der vierten Statusgruppe hin.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass es weiterhin deutlich wahrscheinlicher ist, einen Beruf in der ersten Statusgruppe zu erreichen, wenn die eigenen Eltern bereits einen solchen Beruf hatten. Das heißt strukturelle Veränderungen mögen teilweise zu einem Anstieg absoluter Mobilität geführt haben, von starker Durchlässigkeit sind wir dennoch ein gutes Stück entfernt – sowohl von niedrigen in hohe beruf- liche Stellungen wie auch von hohen in niedrige Stellungen.¹²

¹² Diese Einschätzung bestätigt sich unter Verwendung eines Berechnungsmodells, das alle möglichen Odds-Ratios auf einmal betrachtet (Log-multiplikatives Modell, siehe Yu Xie (1992): The Log-Multiplicative Layer Effect Model for Comparing Mobility Tables. *American Sociological Review*, 57, 380–395). Die auf Anfrage verfügbaren Ergebnisse dieses Modells bestätigen den Befund, dass sich der Zusammenhang zwischen Herkunft und Berufsstatus über die Zeit hinweg wenig verändert hat.

Schlussfolgerungen

Unsere Befunde legen nahe, soziale Mobilität differenziert zu betrachten. Während durchaus Veränderungen in der abso- luten sozialen Mobilität zu beobachten sind, zeigt ein Blick auf relative soziale Mobilität nur wenige Veränderungen seit dem Zweiten Weltkrieg. Es ist weiterhin deutlich wahrschein- licher, selbst einen Beruf in der ersten Statusgruppe der lei- tenden Angestellten zu erreichen, wenn die eigenen Eltern bereits einen solchen Beruf hatten. Die Wahrscheinlichkeit, in der Gruppe der un- und angelernten ArbeiterInnen zu ver- weilen, ist über die Kohorten leicht angestiegen. Von starker Durchlässigkeit sind wir also ein gutes Stück entfernt. Es sollten daher unterstützende Maßnahmen in Erwägung ge- zogen werden, wie zum Beispiel staatlich finanzierte Unter- stützungsprogramme aus sozial schwachen Elternhäusern etwa im Bereich der frühkindlichen Bildung, bei der Schul- auswahl oder beim Berufseinstieg.

Positiv lässt sich vermerken, dass sich die Aufstiegswahr- scheinlichkeiten für Männer und Frauen seit dem Zwei- ten Weltkrieg angeglichen haben. Männer steigen seltener auf, während Frauen dies deutlich öfter als früher gelingt. In dieser Hinsicht ist also eine deutliche Verminderung der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern zu verzeichnen. Höhere Gleichheit zwischen den Geschlechtern kann jedoch die soziale Ungleichheit zwischen Familien oder Haushalten verschärfen – nämlich dann, wenn bei der Familienbildung PartnerInnen aus der jeweils eigenen Berufsstatus- und Ein- kommensgruppe bevorzugt werden.

Nicolas Legewie ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Infrastruktureinrichtung Sozio-Oekonomisches Panel am DIW Berlin | nlegewie@diw.de

Sandra Bohmann ist Doktorandin der Infrastruktureinrichtung Sozio-Oekonomisches Panel am DIW Berlin | sbohmann@diw.de

JEL: J62, Y10

Keywords: Intergenerational mobility, status mobility

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 20/2018:

www.diw.de/diw_weekly





INTERVIEW MIT NICOLAS LEGEWIE

„Sozialer Auf- und Abstieg: Angleichung bei Männern und Frauen“

Dr. Nicolas Legewie, Wissenschaftlicher Mitarbeiter
in der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches
Panel (SOEP) am DIW Berlin.

1. **Herr Legewie, Sie haben die soziale Mobilität im Berufsstatus untersucht. Was versteht man unter dem Begriff soziale Mobilität?** Unter sozialer Mobilität verstehen wir den Unterschied zwischen dem beruflichen Status von Personen und dem beruflichen Status ihrer Eltern. Wir haben untersucht, inwieweit sich der berufliche Status von Personen in Deutschland zum beruflichen Status ihrer Eltern unterscheidet. Dabei interessiert uns zum Beispiel die absolute soziale Mobilität, das heißt, wie viele Personen im Vergleich zu ihren Eltern einen höheren oder einen niedrigeren oder den gleichen beruflichen Status erreichen. Uns interessiert aber auch die relative soziale Mobilität, das heißt, inwiefern sich die Wahrscheinlichkeiten einen bestimmten beruflichen Status zu erreichen unterscheiden, je nachdem welchen beruflichen Status die Eltern innehatten.
2. **Wie haben Sie den sozialen Status gemessen?** Wir haben uns zunächst die Selbsteinordnung der Personen angeschaut und in bestimmten Fällen noch die berufliche Einordnung nach der sogenannten ISCO-Einordnung hinzugezogen. Dann haben wir vier Statusgruppen gebildet. Zum Beispiel sind in der ersten Statusgruppe leitende Angestellte und Freiberufler, wie zum Beispiel Ärztinnen und Ärzte. In der vierten und untersten Statusgruppe sind zum Beispiel ungelernete und angelernte Arbeiterinnen und Arbeiter.
3. **Wie hat sich die soziale Mobilität in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg verändert?** Wir haben uns die Geburtsjahrgänge von 1939-1971 angeschaut und diese Personen mit dem Berufsstatus ihrer jeweiligen Eltern verglichen. In jeder Kohorte, die wir untersucht haben, gab es mehr Aufstiege als Abstiege. Was wir aber auch beobachtet haben ist, dass die Wahrscheinlichkeit, dass beispielsweise ein Kind einer Ärztin oder eines Arztes später selbst eine gleichwertige Stellung erreicht, konstant sehr viel höher geblieben ist als die Wahrscheinlichkeit, dass ein Arbeiterkind später zum Beispiel Anwalt oder Anwältin wird. Das heißt, an diesem Verhältnis der Wahrscheinlichkeiten einen hohen beruflichen Status zu erreichen, hat sich nicht viel verändert.
4. **Wenn es seit dem Zweiten Weltkrieg mehr Aufstiege als Abstiege gegeben hat, müsste doch heutzutage der Berufsstatus insgesamt in der Bevölkerung höher sein als kurz nach dem Zweiten Weltkrieg?** Genau, das lässt sich auch sehr schön nachvollziehen. Das gilt zum Beispiel auch für Bildungsabschlüsse, die sogenannte Bildungsexpansion. Sehr viel mehr Leute machen Abitur und absolvieren ein Studium, und das lässt sich auch bei den Berufen sehen. Wir verzeichnen einen konstanten Zuwachs an Berufen, die einen höheren Status haben.
5. **Hat sich die soziale Mobilität bei Männern und Frauen in Deutschland unterschiedlich entwickelt?** Die hat sich sehr unterschiedlich entwickelt, und das ist eine gute Nachricht. Die Trends haben sich sehr stark angeglichen. Das heißt, Frauen steigen häufiger auf und seltener ab als früher, und Männer steigen seltener auf und häufiger ab als früher. In der Summe ergibt sich, dass die Trends sich fast angeglichen haben und mittlerweile nur noch ein ganz kleiner Unterschied besteht. Das bedeutet natürlich leider nicht, dass damit alle Geschlechterunterschiede beseitigt wurden, die es sonst noch gibt.
6. **Was sind für Sie die entscheidenden Veränderungen, wenn man die soziale Mobilität heute mit der sozialen Mobilität der Zeit kurz nach dem Zweiten Weltkrieg vergleicht?** Im Prinzip hat sich alles im Niveau nach oben verschoben; es gibt also mehr Berufe mit hohem Status. Aber an dem Grundsatz, dass es unterschiedliche Wahrscheinlichkeiten gibt, einen hohen Status oder einen niedrigen Status zu erreichen, je nachdem welchen Status die Eltern haben, daran hat sich nichts verändert. Das sind leider auch die Muster, die schwer zu verändern sind. Unsere Untersuchung legt nahe, dass es da immer noch was zu tun gibt, wenn man daran was ändern möchte. Was sich verändert hat ist, dass sich die Mobilitätsmuster von Männern und Frauen angepasst haben.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf
www.diw.de/interview

Bachelor-Studierende mit Nebenjobs haben kaum schlechtere Noten, brauchen für ihr Studium aber etwas länger

Von Mila Staneva

- Viele Bachelor-Studierende in Deutschland sind nebenbei erwerbstätig; sie arbeiten im Durchschnitt im Umfang von 20 Prozent der Regelstudienzeit
- Studie auf Basis von Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS) untersucht, wie sich dies auf die Noten im Studium und dessen Dauer auswirkt
- Abschlussnoten erwerbstätiger Studierender sind nur marginal schlechter, sie brauchen für ihr Studium aber etwas mehr Zeit
- Das gilt für berufsorientierte Studiengänge wie Lehramt stärker als etwa für Sozial- und Geisteswissenschaften
- Flexiblere Studienangebote und geplante BAföG-Erhöhung könnten es Studierenden ermöglichen, das Studium schneller abzuschließen

Eine Erwerbstätigkeit im Studium geht in erster Linie mit einer längeren Studiendauer einher



Bachelor-Studierende, die im Umfang von **20 Prozent ihrer Regelstudienzeit** – das entspräche durchgehend etwa acht Stunden pro Woche während eines dreijährigen Studiums – erwerbstätig sind, ...



... haben im Durchschnitt eine um **0,06 Notenpunkte schlechtere Abschlussnote**. Stärker ausgeprägt ist der Zusammenhang ...



... mit der Studiendauer: Erwerbstätige Studentinnen und Studenten brauchen für ihr Studium **rund zwei Monate mehr Zeit** als Studierende, die nicht nebenbei jobben.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Nationalen Bildungspanels (NEPS).

© DIW Berlin 2018

ZITAT

„Will man erwerbstätigen Studierenden die Chance geben, sich stärker auf ihr Studium konzentrieren zu können, wären weitere Maßnahmen notwendig, die auf eine bessere Finanzierung des Studiums abzielen. In dieser Hinsicht erweist sich die von der Großen Koalition geplante BAföG-Erhöhung als hilfreich.“ — **Mila Staneva, Studienautorin** —

DATEN

7 935 Bachelor-Studierende an Universitäten und Fachhochschulen wurden für diese Studie berücksichtigt. Sie sind Teil einer Stichprobe des Nationalen Bildungspanels (NEPS).

Bachelor-Studierende mit Nebenjobs haben kaum schlechtere Noten, brauchen für ihr Studium aber etwas länger

Von Mila Staneva

ABSTRACT

Viele Bachelor-Studierende in Deutschland sind neben ihrem Studium erwerbstätig. Sie investieren dabei nicht unerheblich viel Zeit in ihren Nebenjob: Gemessen an der Regelstudienzeit beträgt das Arbeitsvolumen im Durchschnitt rund 20 Prozent. Bei einer durchgehenden Erwerbstätigkeit während eines dreijährigen Studiums entspräche das rund acht Stunden pro Woche. Der vorliegende Wochenbericht untersucht, wie sich eine Erwerbstätigkeit im Studium sowohl auf die Studienleistungen als auch – im Gegensatz zu vielen anderen bisherigen Studien – auf die Dauer des Studiums auswirkt. Bachelor-Studierende, die im Umfang von 20 Prozent der Regelstudienzeit erwerbstätig sind, haben demnach im Durchschnitt eine um 0,06 Notenpunkte schlechtere Abschlussnote und brauchen für ihr Studium etwa zwei Monate länger als Studierende, die nicht nebenbei arbeiten. In den eher berufsorientierten Natur-, Ingenieurwissenschaften und Lehramtsstudiengängen sind die Zusammenhänge stärker als in den Sozial-, Geistes- und Wirtschaftswissenschaften. Der Ausbau flexibler Studienangebote sowie die geplante BAföG-Erhöhung könnten es Studierenden ermöglichen, sich stärker auf ihr Studium zu konzentrieren und dieses schneller abzuschließen.

Die Erwerbstätigkeit von Studierenden ist inzwischen ein weit verbreitetes Phänomen in Deutschland. Ungefähr zwei von drei Studierenden gehen während des Studiums einem Nebenjob nach.¹ Im Jahr 2012 arbeiteten erwerbstätige Studentinnen und Studenten in einer typischen Semesterwoche im Durchschnitt 13 Stunden.² Für Deutschland gibt es bislang jedoch wenige Erkenntnisse darüber, ob die studentische Erwerbstätigkeit den Studienerfolg beeinflusst.

Ergebnisse der 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, der größten bundesweiten Befragung von Studierenden in Deutschland, lassen vermuten, dass der Erwerbsaufwand der Studierenden negative Konsequenzen für ihre Studienleistungen haben kann: Eine in Erwerbstätigkeit verbrachte Arbeitsstunde hängt im Durchschnitt mit einer halben Stunde weniger Zeit für das Studium zusammen.³ Andere Ergebnisse weisen darauf hin, dass Studierende, die intensiver arbeiten, die Vereinbarkeit von Studium und Nebenjob als schwierig bewerten.⁴ Eine neuere Studie zeigt, dass Studentinnen und Studenten, die mehr als 20 Stunden pro Woche arbeiten, eine um 0,2 Notenpunkte schlechtere Abschlussnote als andere Studierende haben.⁵ Eine weitere Studie, die den kausalen Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und Studienerfolg analysiert, stellt jedoch wiederum keinen Effekt der Erwerbsbeteiligung und der wöchentlichen Arbeitszeit der Studierenden auf ihre Durchschnittsnote fest.⁶

¹ Vgl. Elke Middendorff et al. (2017): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016. 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks – durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung. Bundesministerium für Bildung und Forschung (online verfügbar, abgerufen am 1. Mai 2018. Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt).

² Vgl. Elke Middendorff et al. (2013): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012. 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks – durchgeführt durch das HIS-Institut für Hochschulforschung. Bundesministerium für Bildung und Forschung.

³ Vgl. Middendorff et al. (2013), a. a. O.

⁴ Vgl. Anne Mertens (2013): Studium und Erwerbstätigkeit. Beiträge zur Hochschulforschung 35 (4), 34–53.

⁵ Vgl. Christine Krings et al. (2018): Stark Berufstätige studieren weniger erfolgreich! Wie kommt das? In: Imke Buß et al. (Hrsg.): Öffnung von Hochschulen. Impulse zur Weiterentwicklung von Studienangeboten, 133–156.

⁶ Vgl. Maresa Sprietsma (2015): Student Employment: Advantage or Handicap for Academic Achievement? ZEW Discussion Paper 15-085. Die Studie bezieht sich nur auf Studierende, die einen BAföG-Antrag stellen. Damit werden die Effekte der studentischen Erwerbstätigkeit auf die Studiennoten für diejenigen Studierenden analysiert, die überwiegend aufgrund finanzieller Schwierigkeiten arbeiten.

In der internationalen, insbesondere in der anglo-amerikanischen, Forschung hat die Frage nach dem Einfluss der studentischen Erwerbstätigkeit auf die akademischen Leistungen mehr Aufmerksamkeit erhalten. Zahlreiche Studien und Berichte aus diesem Forschungsbereich belegen, dass ein höherer Erwerbsaufwand der Studierenden mit schlechteren Studienleistungen⁷ und einer längeren Studiendauer⁸ zusammenhängt. Studien, die diese Zusammenhänge als kausale Wirkungszusammenhänge belegen, kommen in der Regel zu ähnlichen Ergebnissen. So wird überwiegend mit Daten für die USA, aber auch für Frankreich und Italien, gezeigt, dass die wöchentliche Arbeitszeit von Studierenden moderate negative Effekte auf die Studiennoten⁹ und die erworbenen Leistungspunkte¹⁰ hat. Letzteres ist ein Indikator für die Anzahl der belegten Kurse und damit für die „Studiergeschwindigkeit“.¹¹ Andere Studien weisen darauf hin, dass die Effekte nicht linear verlaufen, dass eine Erwerbstätigkeit dem Studium also erst ab einem gewissen Arbeitsumfang „schadet“. Manche Studien sehen diese Grenze bei acht Wochenstunden¹², andere bei 20 Wochenstunden.¹³

Die Frage, wie eine studentische Erwerbstätigkeit das Studium beeinflusst, erscheint auch mit Blick auf den sogenannten Bologna-Prozess und die damit einhergegangene Umstrukturierung der Studiengänge relevant. Insbesondere die Bachelor-Studiengänge werden als überfrachtet und „verschult“ kritisiert.¹⁴ Die „Verträglichkeit“ zwischen Nebenjob und Studium hängt jedoch auch mit der Flexibilität und der Lernintensität des Studiengangs zusammen.

Dieser Wochenbericht konzentriert sich ausschließlich auf Bachelor-Vollzeitstudierende im Präsenzstudium und untersucht, wie deren Erwerbstätigkeit sowohl die Studienleistungen als auch – im Gegensatz zu den meisten früheren Studien – die Studiendauer beeinflusst.

⁷ Siehe beispielsweise Robin Humphrey (2006): Pulling Structured Inequality into Higher Education: the Impact of Part-Time Working on English University Students. *Higher Education Quarterly* 60 (3), 270–286; Claire Callender (2008): The impact of term-time employment on higher education students' academic attainment and achievement. *Journal of Education Policy* 23(4), 359–377; Gary R. Pike et al. (2008): First-Year Students' Employment, Engagement, and Academic Achievement: Untangling the Relationship between Work and Grades. *Journal of Student Affairs Research and Practice* 45 (4), 1012–1034.

⁸ Siehe beispielsweise Axel Franzen und Anna Hecken (2002): Studienmotivation, Erwerbspartizipation und der Einstieg in den Arbeitsmarkt. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 54 (4): 733–752; Maarja Beerkens et al. (2011): University Studies as a Side Job: Causes and Consequences of Massive Student Employment in Estonia. *Higher Education* 61, 679–692.

⁹ Vgl. Charlene M. Kalenkoski und Sabrina W. Pabilonia (2010): Parental Transfers, Student Achievement, and the Labor Supply of College Students. *Journal of Population Economics* 23, 469–496; Michael Wenz und Wei-Choun Yu (2010): Term-Time Employment and the Academic Performance of Undergraduates. *Journal of Education Finance* 35 (4), 358–373; Mina Dadgar (2012): The Academic Consequences of Employment for Students Enrolled in Community College. CCRC Working Paper No. 46; Kady M.-D. Body et al. (2014): Does Student Employment Really Impact Academic Achievement? The Case of France. *Applied Economics* 46 (25), 3061–3073.

¹⁰ Vgl. Dadgar (2012), a. a. O.; Moris Triventi (2014): Does Working During Higher Education Affect Students' Academic Progression? *Economics of Education Review* 41, 1–13.

¹¹ Einige wenige Studien können diese Effekte jedoch nicht bestätigen, vgl. Judith Scott-Clayton (2011): The Causal Effect of Federal Work-Study Participation: Quasi-Experimental Evidence From West Virginia. *Educational Evaluation and Policy Analysis* 33 (4), 506–527; Rajeev Darolia (2014): Working (and Studying) Day and Night: Heterogeneous Effects of Working on the Academic Performance of Full-Time and Part-Time Students. *Economics of Education Review* 38, 38–50.

¹² Vgl. Body et al. (2014), a. a. O.

¹³ Vgl. Pike et al. (2008), a. a. O.; Beerkens et al. (2011), a. a. O.

¹⁴ Siehe beispielsweise Spiegel Online (2010): Immer Ärger mit Bologna. Herumschrauben an verkorkten Studiengängen (online verfügbar).

Bachelor-Studierende stecken ähnlich viel Zeit in ihr Studium wie Studierende der „alten“ Studiengänge

Wie Studiengänge organisiert und strukturiert sind, entscheidet mit darüber, wie gut oder schlecht Studierende Studium und Nebenjob miteinander verbinden können. Mitunter könnte davon sogar abhängen, ob Studierende überhaupt eine Erwerbstätigkeit aufnehmen.

Mit der Einführung des Bachelor-Master-Systems wurden die meisten Studiengänge neu organisiert. Die Lehrveranstaltungen waren fortan modularisiert, also in thematischen Einheiten von Pflicht- und Wahlveranstaltungen zusammengefasst. Die Lehrveranstaltungen wurden mit Kreditpunkten, den sogenannten ECTS-Punkten (European Credit Transfer System), versehen. Diese orientieren sich am geschätzten Zeitaufwand für die Vorbereitung auf und den Besuch einer Lehrveranstaltung. Ein ECTS-Punkt entspricht dabei 30 Arbeitsstunden. In einem Jahr, also zwei Studiensemestern, sollen Studierende 60 Punkte erwerben, was 1840 Arbeitsstunden oder einem Vollzeitstudium mit 40 Arbeitsstunden pro Woche und sechs Wochen Urlaub entspricht. Zudem wurden in vielen Studiengängen Pflichtpraktika eingeführt.¹⁵

Die mit dem Bologna-Prozess einhergegangenen Veränderungen wurden kontrovers diskutiert: KritikerInnen meinten, dass insbesondere die Bachelor-Studiengänge aufgrund der Modularisierung zu stark formalisiert und strukturiert seien.¹⁶ Die Modularisierung wurde auch für die hohe Prüfungsichte verantwortlich gemacht, denn am Ende jedes Moduls steht eine Prüfung. Begleitende Modulveranstaltungen wie Seminare und Übungen setzen oft zusätzliche Leistungen, etwa eine Hausarbeit oder ein Referat, voraus. Dieses studienbegleitende Prüfen sollte größere Abschlussprüfungen, wie sie in den „alten“ Studiengängen üblich waren, ablösen. Ein weiterer Kritikpunkt bezog sich auf die gestiegene Zahl von Veranstaltungen mit Anwesenheitspflicht.

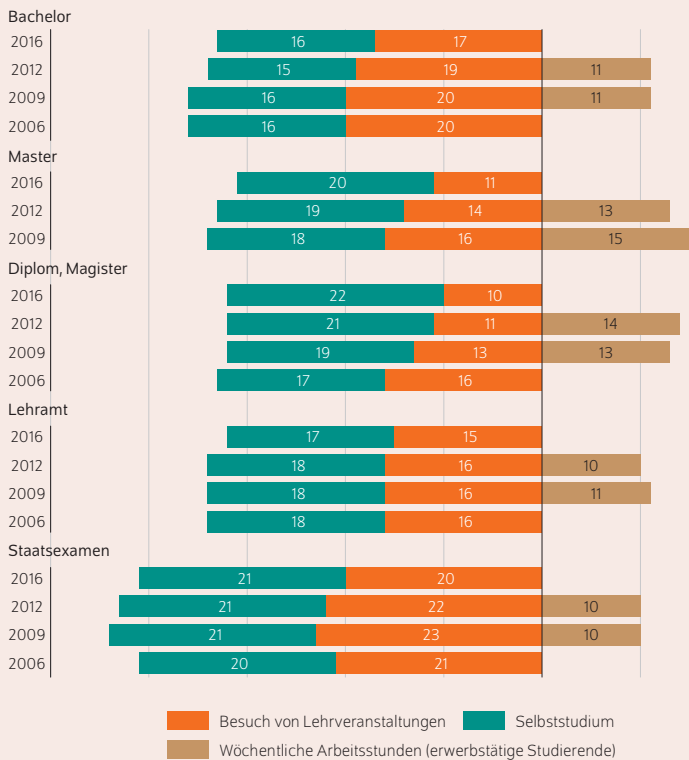
Dass Bachelor-Studierende mehr Zeit für ihr Studium aufwenden, bestätigen die Ergebnisse der Sozialerhebung jedoch nicht (Abbildung 1). In den Jahren 2006 bis 2016 nannten Bachelor-Studierende im Durchschnitt ungefähr den gleichen Aufwand für eine typische Semesterwoche wie Master-, Diplom-, Magister- und Lehramtsstudierende. Bachelor-Studierende widmeten jedoch deutlich mehr Zeit dem Besuch von Veranstaltungen. Vom Jobben scheint sie dies aber nicht abzuhalten: In den Jahren 2009 und 2012 verbrachten erwerbstätige Bachelor-Studierende im Durchschnitt elf Stunden pro Woche in ihrem Nebenjob. 2006 war mehr

¹⁵ Vgl. Kolja Briedis et al. (2011): Mit dem Bachelor in den Beruf. Arbeitsmarktbefähigung und -akzeptanz von Bachelorstudierenden und -absolventen. Essen: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft.

¹⁶ Die zusammengefassten Kritikpunkte beziehen sich auf eine Diskussion möglicher Nachteile der Bologna-Reform, vgl. Martin Winter (2015): Bologna – die ungeliebte Reform und ihre Folgen. Bundeszentrale für politische Bildung (online verfügbar); vgl. auch Martin Winter (2009): Das neue Studieren. Chancen, Risiken, Nebenwirkungen der Studienstrukturreform: Zwischenbilanz zum Bologna-Prozess in Deutschland. HoF-Arbeitsbericht 1/2009, Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Abbildung 1

Zeitaufwand für Studium und Erwerbstätigkeit nach angestrebtem Abschluss In Stunden pro Woche



Anmerkung: Die Angaben für Jahr 2016 beziehen sich auf alle Studierenden. Die Angaben für die Jahre 2006, 2009 und 2012 beziehen sich auf alle Studierenden im Erststudium. Master-Studierende wurden für das Jahr 2006 ausgeklammert, da in jenem Jahr weniger als ein Prozent aller Studierenden in Master-Studiengängen immatrikuliert war.

Quelle: Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks (online verfügbar); eigene Berechnungen

© DIW Berlin 2018

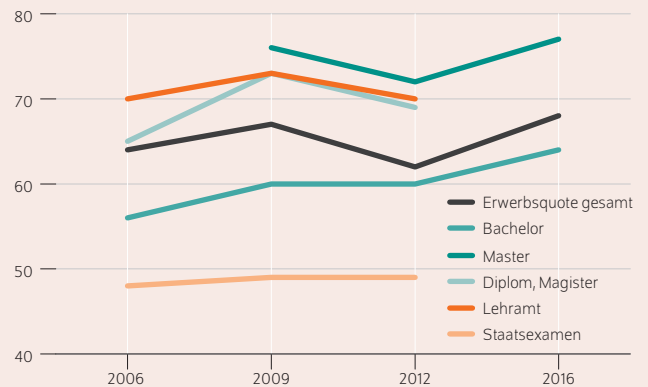
Bachelor-Studierende betreiben insgesamt einen ähnlichen zeitlichen Aufwand für ihr Studium wie Master-, Diplom-, Magister- und Lehramtsstudierende, verbringen aber mehr Zeit in Veranstaltungen.

als die Hälfte der Studentinnen und Studenten in einem Bachelor-Studium erwerbstätig, zehn Jahre später waren es sogar zwei Drittel (Abbildung 2). Dass diese Erwerbsquoten geringer als bei den „alten“ Studiengängen sind, liegt nicht nur am Studiengang selbst, sondern auch daran, dass Bachelor-Studierende im Durchschnitt jünger sind. Der Bericht der 19. Sozialerhebung zeigt, dass die Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung zwischen Bachelor-Studierenden und Studierenden der auslaufenden Studiengänge deutlich geringer ausfallen, wenn man nur Gleichaltrige betrachtet.¹⁷

Obwohl die Bachelor-Studiengänge wegen ihrer fixen Studienpläne, hohen Prüfungsdichte und verstärkten Anwesenheitspflicht die Aufnahme eines Studententjobs

Abbildung 2

Erwerbsquoten von Studierenden nach angestrebtem Abschluss In Prozent



Anmerkung: Die dargestellten Erwerbsquoten beziehen sich jeweils auf das Sommersemester eines Jahres. Master-Studierende wurden für das Jahr 2006 ausgeklammert, da in jenem Jahr weniger als ein Prozent aller Studierenden in Master-Studiengängen immatrikuliert war. Für das Jahr 2016 liegen Informationen nur über die Erwerbsquoten von Bachelor- und Master-Studierenden vor.

Quelle: Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks (online verfügbar).

© DIW Berlin 2018

Ein erheblicher Anteil der Bachelor-Studierenden geht nebenbei einer Erwerbstätigkeit nach.

also vermeintlich erschweren, beteiligen sich Bachelor-Studierende nicht viel seltener am Arbeitsmarkt als frühere Studentinnen und Studenten.

DIW-Studie analysiert repräsentative Daten zum Erwerbsaufwand einer Studierendenkohorte

In einem ersten Schritt beschreibt der vorliegende Bericht die Erwerbsbeteiligung und den Erwerbsaufwand von Bachelor-Studierenden im Studienverlauf. Im zweiten Schritt steht die Frage im Vordergrund, wie der Erwerbsaufwand im Studium die Studienleistungen und die Studiendauer beeinflusst. Diese Frage wird erstens mit querschnittlichen Methoden untersucht – indem der Zusammenhang zwischen dem Gesamtvolumen der Erwerbstätigkeit im Studium einerseits und der Endnote und der Studiendauer andererseits getestet wird. Anschließend wird zusätzlich anhand einer Längsschnittuntersuchung überprüft, ob ein höherer Erwerbsaufwand über die Zeit mit schlechteren Studiennoten und/oder weniger erworbenen Kreditpunkten einhergeht.

Diese Analysen stellen hohe Anforderungen an den verwendeten Datensatz: Erstens sind neben Informationen zu Studiennoten und Studiendauer detaillierte Angaben zur Erwerbsbeteiligung und Arbeitszeit der Studierenden erforderlich. Zweitens sollte der Datensatz eine Betrachtung im Längsschnitt, also eine Untersuchung derselben Personen über mehrere Jahre hinweg, ermöglichen. Und drittens sollte er bundesweit repräsentativ sein. Mit den Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS) und seiner

¹⁷ Vgl. Wolfgang Isserstedt et al. (2010): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2009. 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, durchgeführt durch das HIS Hochschul-Informationssystem. Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Teilstudie *Startkohorte Studierende* liegt ein solcher Datensatz vor (Kasten). Analysiert werden die Angaben einer Studierendenkohorte, die ihr Erststudium im Herbst 2010 aufnahm. Die Studierenden können über einen Zeitraum von maximal viereinhalb Jahren beobachtet werden. Damit deckt das Beobachtungsfenster die gesamte Bachelor-Studienphase ab.

Die Erwerbsbiografie der Studierenden ist in den Daten monatsgenau abgebildet. Für jede Beschäftigung werden die Studierenden nach dem genauen Beginn und Ende sowie nach der wöchentlichen Arbeitszeit gefragt. Praktika zählen nicht als studentische Beschäftigung. Darüber hinaus liefern die Studierenden jedes Jahr zusätzliche Informationen über ihre wöchentlichen Arbeitsstunden. Damit kann bei längeren Beschäftigungsverhältnissen beobachtet werden, ob der Arbeitsaufwand von Jahr zu Jahr innerhalb des selben Jobs variiert.

Auf Basis dieser Informationen werden der Erwerbsstatus und die wöchentlichen Arbeitsstunden für jeden Monat des Studiums ermittelt. Die längsschnittliche Betrachtung erlaubt, auch das Arbeitsvolumen für das gesamte Studium zu ermitteln. Dieses wird als Anteil der gesamten Arbeitszeit, die während des Studiums für eine Erwerbstätigkeit aufgebracht wird, an der Regelstudienzeit – bei drei Jahren entspricht diese 5520 Stunden – geschätzt.¹⁸ Im Unterschied zu früheren Arbeiten, die sich fast ausschließlich auf die wöchentliche Arbeitszeit der Studierenden zu einem gegebenen Zeitpunkt des Studiums konzentrierten, liefert die vorliegende Untersuchung also ein genaueres Bild über den Erwerbsaufwand im Studium.

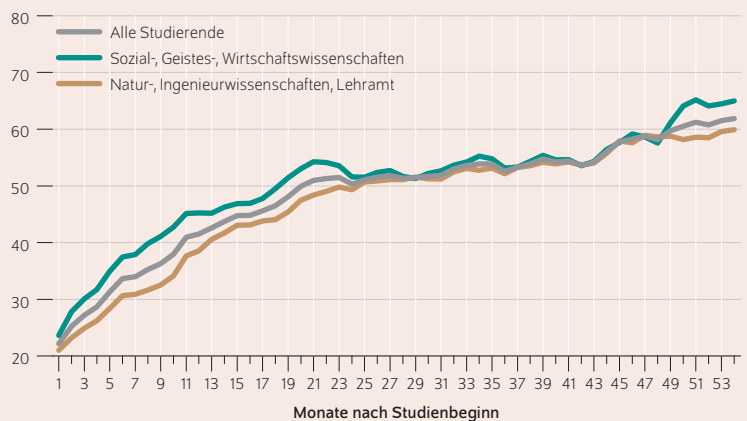
Erwerbsvolumina von Bachelor-Studierenden entsprechen im Schnitt 20 Prozent der Regelstudienzeit

Die Erwerbsbeteiligung von Bachelor-Studierenden nimmt im Studienverlauf zu (Abbildung 3). Zu Beginn ist mit rund 80 Prozent die große Mehrheit der Studierenden nicht erwerbstätig. Ein Jahr nach Beginn des Studiums haben aber 42 Prozent der Studierenden einen Nebenjob. Am Ende des zweiten Jahres ist genau die Hälfte der Bachelor-Studierenden erwerbstätig. Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung zwischen Studierenden von stärker berufsorientierten und weniger berufsorientierten Fächern gibt es vor allen innerhalb der ersten zwei Jahre des Studiums – sie sind aber eher gering. So haben Studierende der Sozial-, Geistes- und Wirtschaftswissenschaften in den ersten zwei Jahren ihres Studiums im Durchschnitt um sechs Prozentpunkte häufiger einen Nebenjob als Studierende der Natur- und Ingenieurwissenschaften und im Lehramt.

¹⁸ Damit wird nicht ein Null-Summen-Verhältnis zwischen der Erwerbs- und der Studienzeit unterstellt – Studierende können ja auch auf Kosten ihrer Freizeit arbeiten. Vielmehr sollen die Gesamtvolumina der Erwerbstätigkeit ein einheitliches Maß für den Erwerbsaufwand im Studium darstellen, das auch Unterschiede in der Regelstudienzeit berücksichtigt. Manche Studiengänge haben eine Regelstudienzeit von dreieinhalb oder vier Jahren. Arbeitet eine Studentin oder ein Student eines solchen Studiengangs beispielsweise länger als eine Studentin oder ein Student eines dreijährigen Bachelors, würde sie oder er, absolut gesehen, einen höheren Erwerbsaufwand haben. Da aber das Studium in der Regel länger dauert als ein Standard-Bachelor, könnte der Erwerbsaufwand der Studierenden der unterschiedlichen Studiengänge relativ betrachtet der gleiche sein.

Abbildung 3

Erwerbsquoten von Bachelor-Studierenden im Studienverlauf In Prozent



Anmerkung: Dargestellt ist der Anteil der erwerbstätigen Bachelor-Studierenden für jeden Monat des Studiums. N = 7 935.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Nationalen Bildungspanels (NEPS).

© DIW Berlin 2018

Die Erwerbsbeteiligung von Bachelor-Studierenden steigt im Laufe des Studiums.

Die wöchentliche Arbeitszeit von erwerbstätigen Bachelor-Studierenden beträgt zu Beginn des Studiums elf Wochenstunden und entwickelt sich über die Zeit sprunghaft (Abbildung 4). Die „Sprünge“ gegen Ende eines jeden Halbjahres gehen auf die Semesterferien zurück. Bachelor-Studierende, die vier Jahre nach Beginn ihres Studiums noch studieren, sind im Durchschnitt 14 bis 16 Stunden pro Woche erwerbstätig und fünf Jahre nach Studienbeginn sogar 16 bis 17 Wochenstunden. Studierende der Sozial-, Geistes- und Wirtschaftswissenschaften arbeiten im gesamten Zeitraum im Durchschnitt eine Stunde mehr pro Woche in ihrem Nebenjob als Studierende stärker berufsorientierter Fächer.

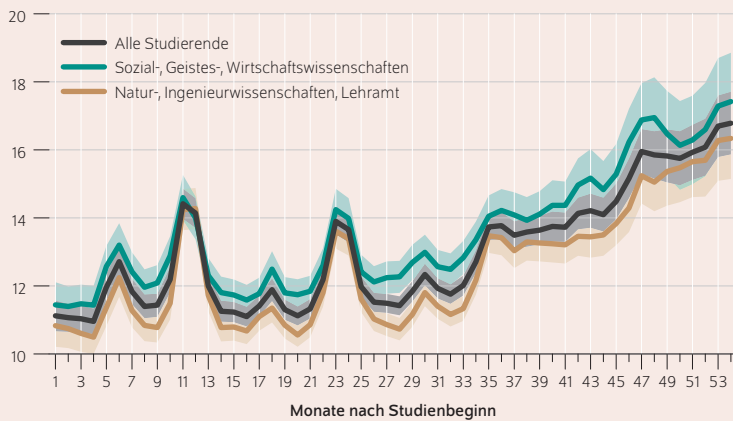
Um das gesamte Arbeitsvolumen im Studium zu untersuchen, werden nur diejenigen Studierenden herangezogen, für die Daten für das gesamte Studium vorliegen. Von diesen waren 86 Prozent mindestens einmal neben ihrem Studium erwerbstätig. Im Durchschnitt widmen die erwerbstätigen Studierenden 20 Prozent der Regelstudienzeit ihrem Nebenjob (Abbildung 5). Bei den 25 Prozent der erwerbstätigen Studierenden, die den geringsten Erwerbsaufwand haben, entspricht das Arbeitsvolumen 0,1 bis 7,3 Prozent der vorgeschriebenen Studienzeit. Die mittlere Hälfte der Verteilung hat Gesamtarbeitsvolumina zwischen 7,3 und 26 Prozent. Die 25 Prozent der Studierenden, die am intensivsten arbeiten, verbringen gemessen an der Regelstudienzeit 26 bis 55 Prozent in ihrer Erwerbstätigkeit. Einige wenige arbeiten in noch größerem Umfang, teilweise liegt das Arbeitsvolumen sogar höher als die Regelstudienzeit.

Erwerbstätige Studierende der Sozial-, Geistes- und Wirtschaftswissenschaften wenden im Schnitt 21 Prozent ihrer Regelstudienzeit nebenbei für eine Erwerbstätigkeit auf,

Abbildung 4

Arbeitsstunden von erwerbstätigen Bachelor-Studierenden im Studienverlauf

In Stunden pro Woche



Anmerkung: Dargestellt sind jeweils die Mittelwerte und Konfidenzintervalle der wöchentlichen Arbeitsstunden für jeden Monat des Studiums. N = 7 935.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Nationalen Bildungspanels (NEPS).

© DIW Berlin 2018

Im Durchschnitt arbeiten Bachelor-Studierende rund elf Wochenstunden während des Semesters und bis zu 14 Wochenstunden in den Semesterferien.

während erwerbstätige Studierende der Natur-, Ingenieurwissenschaften und des Lehramts durchschnittlich 18,6 Prozent der Regelstudienzeit arbeiten. Dieser Unterschied ist statistisch signifikant.

Multivariate Analysen ergeben nur schwache Zusammenhänge zwischen Erwerbsumfang und Studienleistung

Nachfolgend werden zunächst die Abschlussnoten und die Studiendauer von Studierenden mit unterschiedlichen Erwerbsvolumina miteinander verglichen. Dabei werden alle Studierenden betrachtet, die während ihres gesamten Studiums an der Befragung teilnahmen, weil nur bei diesen Personen die Endnote, die Studiendauer und das gesamte Arbeitsvolumen beobachtet werden können. Die Analyse berücksichtigt eine Reihe anderer Merkmale, unter anderem die Abiturnoten der Studierenden. So kann der Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und Studiennote beziehungsweise Studiendauer isoliert und unabhängig von den berücksichtigten Einflussfaktoren dargestellt werden.

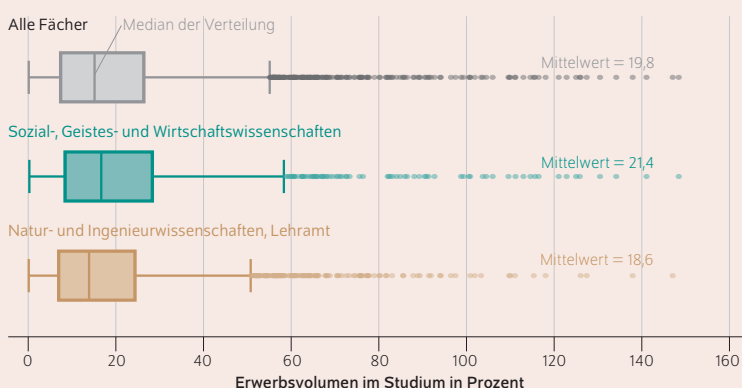
Die multivariaten Ergebnisse zeigen, dass unter Berücksichtigung diverser Merkmale die Gesamterwerbsvolumina im Studium einen statistisch signifikant positiven, aber sehr kleinen Zusammenhang zu der am Ende des Studiums erzielten Gesamtnote aufweisen (Abbildung 6). So haben Studierende mit einem – gemessen an der Regelstudienzeit – Arbeitsvolumen von zehn Prozent im Durchschnitt eine um 0,03 Skalenpunkte schlechtere Studiennote als Studierende, die nicht erwerbstätig sind. Dieser Zusammenhang fällt in den berufsorientierten Fächern statistisch signifikant stärker aus als in den weniger berufsorientierten Fächern. So ist die Gesamtstudiennote in den Natur-, Ingenieurwissenschaften und dem Lehramt um 0,04 Notenpunkte schlechter, in den Sozial-, Geistes- und Wirtschaftswissenschaften hingegen um 0,02 Notenpunkte.

Ein schwacher Zusammenhang zwischen dem Gesamterwerbsvolumen im Studium und der Gesamtstudiennote könnte bedeuten, dass Studierende aufgrund ihres Nebenjobs länger studieren, um trotz der zusätzlichen Belastung eine gute Abschlussnote zu erreichen. Die multivariaten Ergebnisse weisen darauf hin (Abbildung 7). So studieren Bachelor-Studierende, die neben dem Studium nicht erwerbstätig waren, im Schnitt fünf Monate länger als die Regelstudienzeit. Im Vergleich dazu und unter Berücksichtigung diverser anderer Merkmale verbringen Bachelor-Studierende, die im Umfang von zehn Prozent der Regelstudienzeit erwerbstätig waren, im Schnitt einen Monat länger im Studium, also sechs Monate mehr als die Regelstudienzeit. Studierende, die die Hälfte der Regelstudienzeit arbeiten, brauchen bis zum Abschluss sogar zehn Monate mehr Zeit, als die Regelstudiendauer eigentlich vorsieht. Diese Unterschiede sind in den weniger berufsorientierten Fächern signifikant schwächer ausgeprägt als in den stärker berufsorientierten Fächern. So hängen in den Sozial-, Geistes- und Wirtschaftswissenschaften Erwerbsvolumina von zehn Prozent der Regelstudienzeit im Durchschnitt mit

Abbildung 5

Gesamte Erwerbsvolumina im Bachelor-Studium nach Fächergruppen

Anteil an der jeweiligen Regelstudienzeit in Prozent



Anmerkung: Die Angaben beziehen sich auf Bachelor-Studierende, die im Laufe ihres gesamten Bachelor-Studiums an der Befragung teilnahmen und mindestens einmal erwerbstätig waren. N = 4 320.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Nationalen Bildungspanels (NEPS).

© DIW Berlin 2018

Im Durchschnitt investieren Bachelor-Studierende ein Fünftel ihrer Regelstudienzeit in Nebenjobs.

Kasten

Daten und Methodik**Daten**

Die vorliegenden Analysen basieren auf Daten der Studie *Startkohorte Studierende* des Nationalen Bildungspanels (NEPS).¹ Das NEPS ist ein umfassendes bundesweites Projekt, das Längsschnittdaten zu Bildungsverläufen, Kompetenzentwicklungen, formalen und nichtformalen Bildungsprozessen über den gesamten Lebensverlauf erhebt. Es wird vom Leibniz-Institut für Bildungsverläufe e.V. (LIfBi) an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg koordiniert.

Die Studie *Startkohorte Studierende* ist eine der sechs Wiederholungsbefragungen des NEPS. Es handelt sich um ein laufendes Projekt, das mehr als 17 000 Studierende begleitet, die ihr Erststudium im Herbst 2010 aufgenommen haben. Die Studierenden werden durch ein mehrstufiges Stichprobenverfahren rekrutiert, bei dem Hochschulen die Ausgangsbasis bilden und anschließend Erstsemester-Studierende innerhalb dieser Hochschulen befragt werden. Durch die Nutzung entsprechender Gewichte wird die Gesamtheit der StudienanfängerInnen im Wintersemester 2010/11 nachgebildet.

Alle Studierenden werden zwei Mal pro Jahr befragt, beginnend im Jahr 2011. In der ersten Jahreshälfte finden jeweils umfangreiche computergestützte Telefoninterviews statt, die unter anderem detaillierte retrospektive und prospektive Informationen zur gesamten Bildungs- und Erwerbsbiografie der Studierenden erheben. Zum Jahresende werden jeweils kleinere Online-Befragungen durchgeführt, die unter anderem Informationen zu den bisher erreichten durchschnittlichen Studiennoten und den erworbenen Kreditpunkten erheben.

Die für den vorliegenden Bericht verwendete Stichprobe bezieht sich nur auf Bachelor-Studierende, die an Universitäten oder Fachhochschulen immatrikuliert sind. Studierende an Berufsakademien, im dualen, berufsbegleitenden oder Fernstudium berücksichtigt die Analyse nicht. Alle Studierenden werden höchstens bis zum Abschluss ihres Bachelor-Studiums beobachtet, maximal viereinhalb Jahre. StudienabbrecherInnen sind bis zum Abbruch des Studiums Teil der Stichprobe. Falls sie danach ein neues Bachelor-Studium an einer Universität oder Fachhochschule aufnehmen, sind sie weiterhin Teil der Untersuchung. Die so definierte Stichprobe umfasst 7 935 Personen. Die einzelnen Analyseschritte beziehen sich auf Teilmengen dieser Stichprobe (siehe Methodik).

Die Daten erlauben es, dass die wöchentliche Arbeitszeit der Studierenden monatsgenau abgebildet wird. Bei zwei oder mehreren parallelen Jobs wird die Arbeitszeit als die Summe der Arbeitsstunden aus den einzelnen Jobs betrachtet. In Monaten, in denen ein Job endet und ein neuer Job beginnt, wird die Arbeitszeit als der Durchschnitt der Arbeitsstunden aus beiden Jobs betrachtet.

Methodik

Im ersten Teil der Studie werden die Erwerbsbeteiligung und die Erwerbsintensität im Studienverlauf für alle Studierenden und für Studierende einzelner Fachrichtungen beschrieben. Dabei werden alle verfügbaren Fälle verwendet. Für Studierende, die im Laufe ihres gesamten Bachelor-Studiums in der NEPS-Studie verbleiben, werden anschließend die Gesamtarbeitsvolumina während des Studiums dargestellt.

Der zweite Analyseteil, der multivariate Teil, konzentriert sich zunächst auf die 5 039 Personen, für die über das gesamte Studium hinweg Daten vorliegen. 4 352 dieser Personen schließen innerhalb der viereinhalb Jahre ihr Studium erfolgreich ab und weitere 687 studieren noch am Ende des Beobachtungsfensters. Bei letzterer Gruppe geht es teilweise um Studierende, die im Laufe des Studiums ihr Fach oder die Hochschule wechseln. Im Rahmen eines multivariaten *OLS-Modells* wird der Zusammenhang zwischen den Gesamtarbeitsvolumina im Laufe des Studiums und der Gesamtstudiennote am Ende des Studiums untersucht. Bei Studierenden, die am Ende der Beobachtungsfensters immer noch studieren, wird die aktuellste Durchschnittsstudiennote verwendet. Der Zusammenhang zwischen den Gesamtarbeitsvolumina und der Studiendauer wird anhand einer *Tobit-Regression* untersucht. Das Modell berücksichtigt, dass nicht für alle Personen Daten über die gesamte Studiendauer vorliegen.

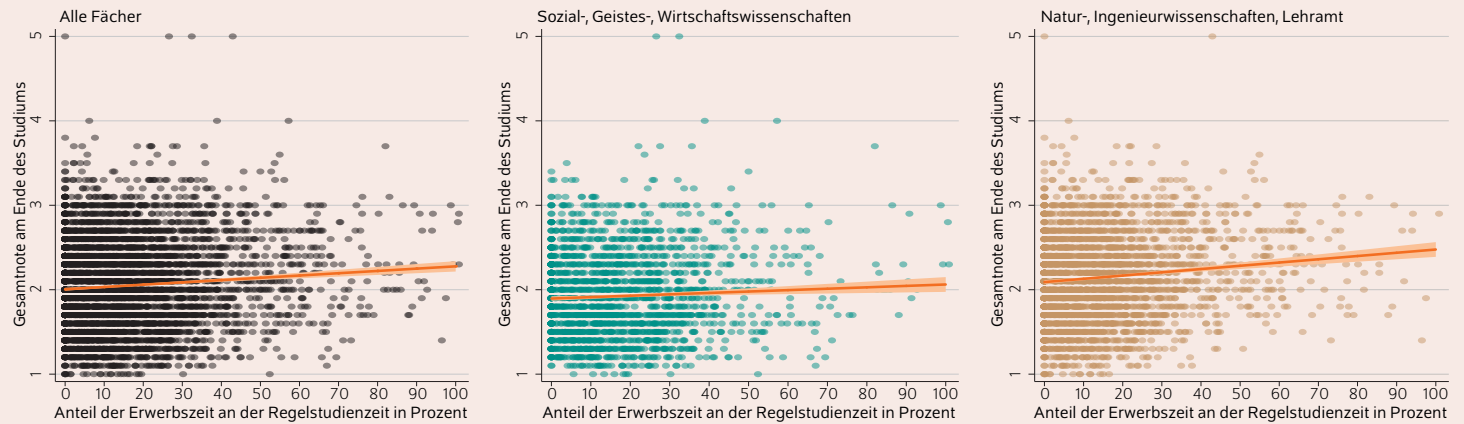
Um die Ergebnisse gegenüber zeitkonstanten unbeobachteten Störfaktoren abzusichern, wird mit *Fixed-Effects-Regressionen* untersucht, wie auf der Individualebene Veränderungen der Gesamtarbeitsvolumina über die Jahre mit Veränderungen der Durchschnittsnote und der Anzahl der Kreditpunkte zusammenhängen. Dafür werden jährliche Angaben der Studierenden zu ihren durchschnittlichen Noten und erworbenen Kreditpunkten verwendet. Anhand dieser Informationen werden die in den einzelnen Studienjahren erzielten Studiennoten ermittelt sowie der Anteil der erworbenen Kreditpunkte an den für das Jahr vorgesehenen Punkten. Die Analyse bezieht sich daher auf Personen, bei denen mindestens zwei Messungen zu den jährlichen Studienleistungen beziehungsweise zum Anteil der erworbenen Punkte an den vorgesehenen Punkten vorliegen. Die Analyse bezieht sich weiterhin nur auf die Regelstudienzeit. In den Modellen berücksichtigen die Standardfehler serielle Korrelationen zwischen verschiedenen Beobachtungen derselben Person, die Standardfehler sind also auf Personenebene geclustert.

¹ Vgl. Hans-Peter Blossfeld, Hans-Günther Roßbach und Jutta von Maurice (2011): Education as a Life-long Process – The German National Educational Panel Study (NEPS). Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Sonderheft 14.

Abbildung 6

Zusammenhang zwischen Erwerbsvolumen im Bachelor-Studium und Abschlussnote des Studiums nach Fächergruppen

Multivariate OLS-Regressionen



Anmerkung: Das Modell berücksichtigt folgende Merkmale: Abiturnote, Art der Hochschulzugangsberechtigung, durchschnittliche Geldleistungen der Familie, BAföG-Bezug, Abschluss einer Berufsausbildung vor dem Studium, gesammelte Erwerbs Erfahrung vor dem Studium, freiwillige Praktika, Pflichtpraktika oder studienbezogene Auslandsaufenthalte während des Studiums, berufliche Aspirationen, Zeitorientierung („Wie oft denken Sie bereits heute darüber nach, was Sie nach dem Studium machen möchten?“), subjektiver Nutzen eines Studiums („Und wenn Sie ein Studium erfolgreich abschließen, wie gut sind dann die Aussichten, einen guten Job zu bekommen?“), Hochschultyp (Universität vs. Fachhochschule), Studienrichtung, Zahlung von Studiengebühren, Wechsel des Wohnorts bei Studienaufnahme, Wohnungsart, Geschlecht, Alter zu Beginn des Studiums, Migrationshintergrund, Kinder, Heirat, Studienwechsel, genaue Studieneinrichtung, West- vs. Ostdeutschland. Die Ergebnisse beziehen sich nur auf Studierende, die im Laufe des gesamten Bachelor-Studiums an der Befragung teilnahmen. N = 5 039.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Nationalen Bildungspanels (NEPS).

© DIW Berlin 2018

Studierende, die im Umfang von zehn Prozent der Regelstudienzeit erwerbstätig sind, haben im Durchschnitt eine um 0,03 Punkte schlechtere Abschlussnote als Studierende, die nicht erwerbstätig sind.

einer um 0,8 Monate längeren Studiendauer zusammen. Bei den Natur-, Ingenieurwissenschaften und dem Lehramt sind es hingegen im Durchschnitt 1,4 Monate.

Höherer Erwerbsaufwand der Studierenden geht mit weniger erworbenen Leistungspunkten einher

Ein potenzielles Problem der bisherigen Analyse ist, dass sich Studierende mit verschiedenem Erwerbsaufwand systematisch voneinander unterscheiden können – in unbeobachteten oder im Rahmen von Umfragen schwer messbaren Merkmalen wie Intelligenz, Motivation oder Durchhaltevermögen. Falls solche unberücksichtigten Merkmale den Studienerfolg beeinflussen, können die beobachteten Unterschiede in Studiennoten und Studiendauer zwischen Studierenden mit unterschiedlichem Erwerbsaufwand nicht eindeutig dem Erwerbsaufwand zugeschrieben werden. Eine Möglichkeit, dieses Problem zu umgehen, ist eine Längsschnittuntersuchung. Analysiert wird, wie Veränderungen des Erwerbsaufwands bei denselben Personen über die Jahre hinweg mit Veränderungen ihrer durchschnittlichen Studienleistungen und des Umfangs der von ihnen erworbenen ECTS-Punkte zusammenhängen. Bei diesem Vorher-Nachher-Vergleich derselben Personen werden all ihre Merkmale, die sich über die Zeit nicht verändern, automatisch berücksichtigt. Als potentielle Störfaktoren verbleiben zeitvariierende Merkmale – also Merkmale, deren zeitliche Veränderungen zugleich Veränderungen des Erwerbsaufwands und des akademischen Erfolgs auslösen können.

Die Analyse berücksichtigt deshalb explizit zeitliche Veränderungen in bestimmten Merkmalen, etwa im Bezug von BAföG und den elterlichen Geldleistungen.

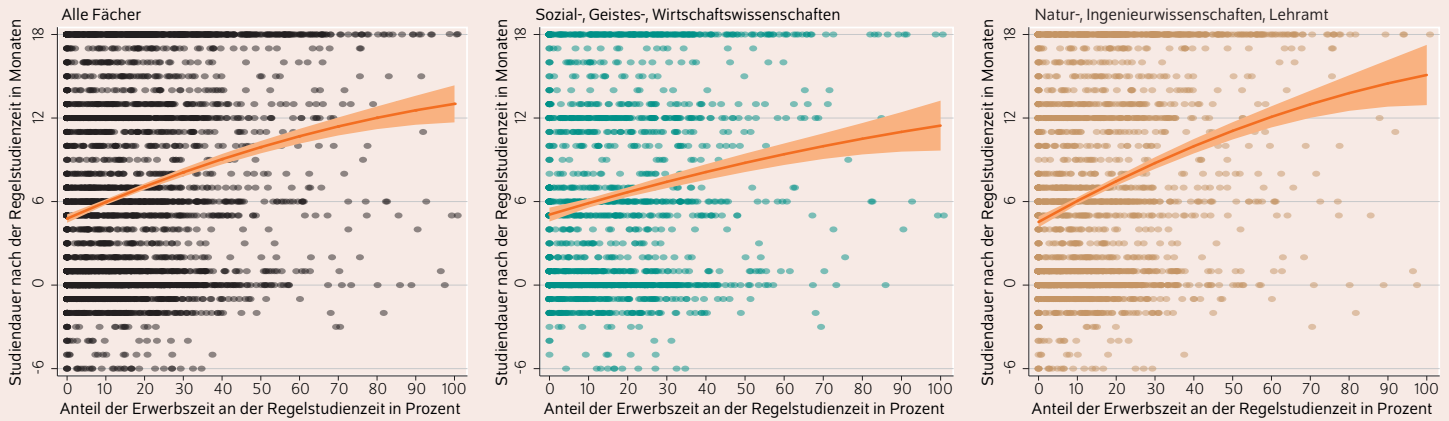
Der schon zuvor schwache Zusammenhang zwischen Studiennoten und Erwerbsaufwand bestätigt sich in der längsschnittlichen Analyse nicht (Abbildung 8). Erhöhungen der Erwerbsvolumina über die Zeit gehen zwar mit einer kleinen Verschlechterung der durchschnittlichen Studiennoten einher. Dieser Effekt ist aber weder für die Gesamtgruppe der Studierenden noch für Studierende einzelner Fächergruppen im statistischen Sinne signifikant.

Um den Zusammenhang zwischen studentischer Erwerbstätigkeit und Studiendauer im Längsschnitt zu testen, wird der Erwerb von ECTS-Punkten als Indikator für die „Studiergeschwindigkeit“ herangezogen. Dabei wird für jedes Studienjahr ermittelt, welchen Anteil der für das Jahr vorgesehenen ECTS-Punkte die Studierenden erworben haben. Die Ergebnisse zeigen, dass ein höheres Erwerbsvolumen mit einer Reduzierung der erworbenen Kreditpunkte einhergeht (Abbildung 9). Dieser Effekt ist allerdings klein und erst bei größeren Erhöhungen der Arbeitsvolumina statistisch signifikant. So reduziert sich der Anteil erworbener ECTS-Punkte um bis zu drei Prozentpunkte, wenn die Erwerbszeit gemessen an der vorgesehenen Studienzeit im Verlauf des Studiums um mindestens 30 Prozentpunkte steigt. Bei den weniger berufsorientierten Fächern ist diese Schwelle noch höher: Eine signifikante Reduzierung des Erwerbs

Abbildung 7

Zusammenhang zwischen Erwerbsvolumen im Bachelor-Studium und Studiendauer nach Fächergruppen

Multivariate Tobit-Regressionen



Anmerkung: Das Modell berücksichtigt alle Merkmale, die in den Analysen des Zusammenhangs zwischen Erwerbsvolumen und Gesamtstudiennote berücksichtigt wurden (siehe Anmerkung zu Abbildung 6). Die Ergebnisse beziehen sich nur auf Studierende, die im Laufe des gesamten Bachelor-Studiums an der Befragung teilnahmen. N = 5 039.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Nationalen Bildungspanels (NEPS).

© DIW Berlin 2018

Ein Erwerbsvolumen in Höhe von zehn Prozent der Regelstudienzeit hängt mit einer um einen Monat längeren Studiendauer zusammen.

von ECTS-Punkten ist erst ab einer Erhöhung des Erwerbsvolumens um mindestens 40 Prozentpunkte zu beobachten. Der Effekt ist dann bei noch größeren Erhöhungen des Erwerbsaufwands (von mehr als 60 Prozentpunkten) deutlich stärker als der Effekt für die berufsorientierten Fächer. Dieser Unterschied ist allerdings nicht robust, da die Fallzahl sehr gering ist – denn nur die wenigsten Studierenden erhöhen ihren Erwerbsaufwand über die Jahre derart drastisch.

Fazit

Viele Bachelor-Studierende gehen im Laufe ihres Studiums einer Erwerbstätigkeit nach – und investieren dabei nicht unerheblich viel Zeit in ihren Job. Dies kann wichtige Implikationen nicht nur für die Studierenden selbst, sondern für das Hochschulbildungssystem als Ganzes haben. So zeigt die 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, dass ein Nebenjob die zweitwichtigste Finanzierungsquelle für Studierende nach den Eltern beziehungsweise der Familie ist.¹⁹ Einnahmen aus eigenem Verdienst machen im Durchschnitt ein Viertel des Budgets der Studierenden aus. Gleichzeitig kann die studentische Beschäftigung aber zu höheren Bildungskosten führen, falls sie die Studiendauer über die Regelstudienzeit hinaus verlängert. Öffentliche Ressourcen würden auch dann ineffizient eingesetzt, falls Studierende aufgrund einer Erwerbstätigkeit weniger lernen. Auch vor

diesem Hintergrund ist die Frage relevant, wie die studentische Erwerbstätigkeit das Studium beeinflusst.

Die vorliegende Untersuchung zeigt, dass der Erwerbsaufwand im Studium weniger die Studienleistungen, dafür aber die Studiendauer beeinflusst. So hängt eine Erwerbstätigkeit im Studium, deren Umfang gemessen an der Regelstudienzeit bei zehn Prozent liegt, mit einer im Durchschnitt um 0,03 Skalenpunkte schlechteren Abschlussnote zusammen. Bei einer weitergehenden längsschnittlichen Analyse über die Zeit ist dieses Ergebnis jedoch statistisch nicht signifikant. Auf der anderen Seite weist die studentische Erwerbstätigkeit einen moderaten positiven Zusammenhang mit der Studiendauer auf. Studierende, die zehn Prozent der Regelstudienzeit erwerbstätig sind, studieren im Durchschnitt einen Monat länger. Dieses Ergebnis bleibt auch in längsschnittlicher Betrachtung bestehen.

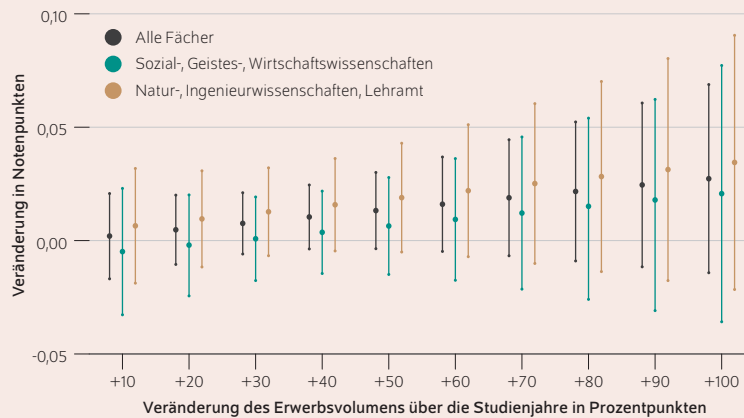
Müssen Studentinnen und Studenten aus finanziellen Gründen zu viel arbeiten, verlängert sich ihr Studium, was mit Kosten nicht nur für die Studierenden selbst, sondern auch für die SteuerzahlerInnen einhergeht. Will man erwerbstätigen Studierenden die Chance geben, sich stärker auf ihr Studium konzentrieren zu können, wären weitere Maßnahmen notwendig, die auf eine bessere Finanzierung des Studiums abzielen. In dieser Hinsicht erweist sich der von der Großen Koalition geplante Ausbau des Ausbildungsförderungsgesetzes des Bundes (BAföG) als hilfreich. Verbesserte BAföG-Leistungen können es Studierenden ermöglichen,

¹⁹ Vgl. Middendorff et al. (2017), a. a. O.

Abbildung 8

Effekt des Erwerbsaufwands im Bachelor-Studium auf die durchschnittliche Studienleistung

Längsschnittuntersuchung, Effekte von Fixed-Effects-Regressionen



Anmerkung: Die Effekte zeigen, wie Veränderungen der Erwerbsvolumina über die Studienjahre mit Veränderungen in den durchschnittlichen erzielten Studiennoten zusammenhängen. Die Fixed-Effects-Regressionen berücksichtigen zusätzlich Veränderungen im Bezug von BAföG, in den elterlichen Geldleistungen, einen möglichen Studienwechsel, die Geburt eines Kindes und zeitliche Trends der Studiennoten und der Erwerbsvolumina. Die Ergebnisse beziehen sich nur auf Studierende, für die es mindestens zwei Messungen zu den erreichten durchschnittlichen Studiennoten über die Studienjahre gibt. N = 3 970 Personen mit insgesamt 10 475 Beobachtungsjahren.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Nationalen Bildungspanels (NEPS).

© DIW Berlin 2018

Der schon zuvor schwache Zusammenhang zwischen Studiennoten und Erwerbsaufwand bestätigt sich in der längsschnittlichen Analyse nicht.

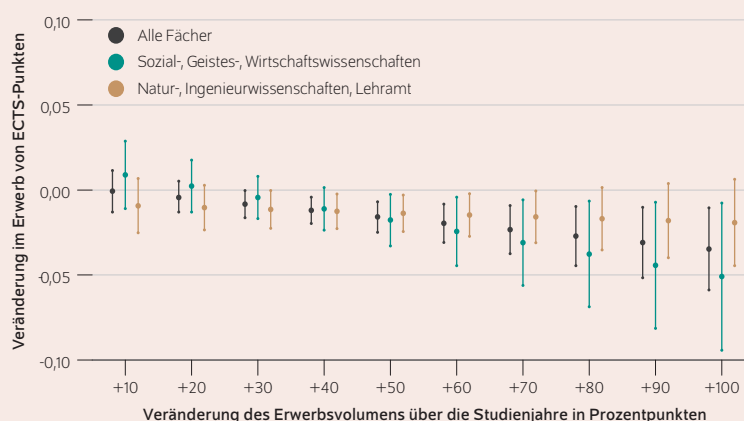
ihren Erwerbsumfang zu reduzieren und damit ihr Studium schneller zu absolvieren.

Ohne Zweifel kann ein Studentenjob zwar auch mit Blick auf die späteren Arbeitsmarktchancen sehr nützlich sein, es kommt jedoch auf die richtige Balance an. Eine verbesserte Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit könnte in dieser Hinsicht helfen. Denkbar wäre ein Ausbau flexibler Studienangebote oder ein größeres Angebot an studienrelevanten und praxisbezogenen Studentenjobs an Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Um effektive Maßnahmen entwickeln zu können, ist aber vor allem mehr Forschung über die Determinanten und Konsequenzen studentischer Erwerbstätigkeit notwendig. Dies würde helfen, bestimmte Gruppen von Studierenden zu identifizieren, die besonders viel arbeiten oder besondere Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Studium und Job haben. Das könnte etwa auf Studierende mit Kind, Studierende aus einkommensschwachen Familien oder akademisch leistungsschwache Studierende zutreffen. Vertiefende Analysen würden auch helfen, bestimmte Formen studentischer Erwerbstätigkeit zu erkennen, die dem Studium mit Blick auf Leistung und Dauer besonders schaden, etwa gering qualifizierte Nebenjobs, die keinen Bezug zum Studium haben, oder Nebenjobs mit unflexiblen Arbeitszeiten.

Abbildung 9

Effekt des Erwerbsaufwands im Bachelor-Studium auf die erworbenen ECTS-Punkte

Längsschnittuntersuchung, Effekte von Fixed-Effects-Regressionen



Anmerkung: Die Effekte zeigen, wie Veränderungen der Erwerbsvolumina über die Studienjahre mit Veränderungen im Erwerb von ECTS-Punkten zusammenhängen. Der Erwerb von ECTS-Punkten bezieht sich dabei auf den Anteil der in einem Studienjahr erworbenen ECTS-Punkte an den für das Jahr vorgesehenen ECTS-Punkten. Die Fixed-Effects-Regressionen berücksichtigen zusätzlich Veränderungen im Bezug von BAföG, in den elterlichen Geldleistungen, einen möglichen Studienwechsel, die Geburt eines Kindes, das Ableisten von freiwilligen und Pflichtpraktika sowie zeitliche Trends beim Erwerb von ECTS-Punkten und beim Erwerbsaufwand. Die Ergebnisse beziehen sich nur auf Studierende, für die es mindestens zwei Messungen zu den erworbenen ECTS-Punkten über die Studienjahre gibt. N = 2 937 Personen mit insgesamt 7 720 Beobachtungsjahren.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Nationalen Bildungspanels (NEPS).

© DIW Berlin 2018

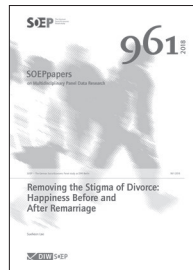
Die Längsschnittuntersuchung zeigt, dass ein höheres Erwerbsvolumen mit einer Reduzierung der erworbenen Kreditpunkte einhergeht.

Mila Staneva ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin | mstaneva@diw.de

JEL: I22, I23, I26

Keywords: student employment, academic performance, study duration

SOEP Papers Nr. 961
2018 | Sueheon Lee



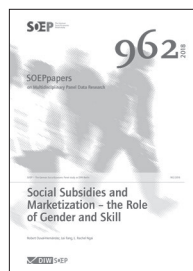
Removing the Stigma of Divorce: Happiness before and after Remarriage

Many studies confirm that marriage does not have lasting effects on levels of happiness, whereas divorce induces serious, scarring effects through social stigma. However, few academic efforts have been made regarding how remarriage after divorce impacts the subjective well-being (SWB) of the divorced. Taking into consideration that remarriage often entails regaining social acceptance, this paper examines the possibly different patterns of happiness depending on marital order. Specifically, this longitudinal study uses the German Socio-Economic Panel (SOEP) data set in order to compare SWB trajectories around first and subsequent marriages. The results show that the remarried go through a significantly greater boost in happiness than the first-married during the transition phase. Moreover, while life satisfaction that increased in the years around the first marriage quickly returns to the initial baseline, remarriage generates a lasting increase. This paper provides a complementary perspective to existing researches on divorce and debates over the hedonic treadmill theory.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 962
2018 | Robert Duval-Hernández, Lei Fang, L. Rachel Ngai



Social Subsidies and Marketization – the Role of Gender and Skill

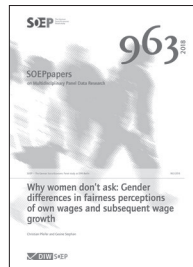
This paper decomposes the differences in aggregate market hours between US and Europe across gender-skill groups and finds that low-skilled women are the biggest contributors to aggregate differences, with the exception of Nordic countries. We develop a model to account for the gender-skill differences in market hours across countries. Taxes, which reduce market hours in favor of leisure and home production, explain a substantial fraction of the differences in hours for Southern and Central European countries. Subsidized family care, which reduces home hours of women in favor of market hours, explains the different pattern of hours in Nordic countries. Low-skilled women are more responsive to policy because of their comparative advantage in producing home services and the corresponding market substitutes.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 963

2018 | Christian Pfeifer, Gesine Stephan



Why Women Don't Ask: Gender Differences in Fairness Perceptions of Own Wages and Subsequent Wage Growth

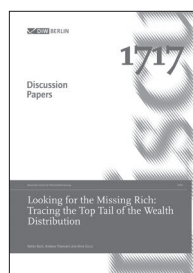
The authors analyze gender differences in fairness perceptions of own wages and subsequent wage growth. The main finding is that women perceive their wage more often as fair if controls for hourly wage rates, individual and job-related characteristics are taken into account. Furthermore, the gender difference is more pronounced for married than for single women. This points to the fact that social norms, gender roles, and gender identity are at least partly responsible for the gap in fairness perceptions. Further analysis shows that individuals, who perceive their wage as unfair, experience larger wage growth in subsequent years. An explanation would be that a wage perceived as unfair triggers negotiations for a better wage or induces individuals to search for better paid work. Thus, differences in wage perceptions can contribute to explain the nowadays still persistent gender wage gap.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 1717

2018 | Stefan Bach, Andreas Thiemann, Aline Zucco



Looking for the Missing Rich: Tracing the Top Tail of the Wealth Distribution

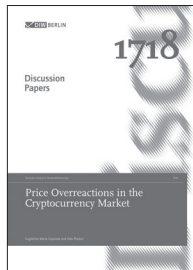
We analyze the top tail of the wealth distribution in Germany, France, and Spain based on the first and second wave of the Household Finance and Consumption Survey (HFCS). Since top wealth is likely to be underrepresented in household surveys, we integrate big fortunes from rich lists, estimate a Pareto distribution, and impute the missing rich. In addition to the Forbes list, we rely on national rich lists since they represent a broader base for the big fortunes in those countries. As a result, the top percentile share of household wealth in Germany jumps up from 24 percent to 31 percent in the first and from 24 to 33 percent in the second wave after top wealth imputation. For France and Spain, we find only a small effect of the imputation since rich households are better captured in the survey.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1718

2018 | Guglielmo Maria Caporale, Alex Plastun



Price Overreactions in the Cryptocurrency Market

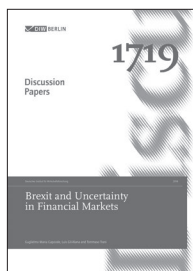
This paper examines price overreactions in the case of the following cryptocurrencies: BitCoin, LiteCoin, Ripple and Dash. A number of parametric (t-test, ANOVA, regression analysis with dummy variables) and non-parametric (Mann–Whitney U test) tests confirm the presence of price patterns after overreactions: the next-day price changes in both directions are bigger than after "normal" days. A trading robot approach is then used to establish whether these statistical anomalies can be exploited to generate profits. The results suggest that a strategy based on counter-movements after overreactions is not profitable, whilst one based on inertia appears to be profitable but produces outcomes not statistically different from the random ones. Therefore the overreactions detected in the cryptocurrency market do not give rise to exploitable profit opportunities (possibly because of transaction costs) and cannot be seen as evidence against the Efficient Market Hypothesis (EMH).

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1719

2018 | Guglielmo Maria Caporale, Luis A. Gil-Alana, Tommaso Trani



Brexit and Uncertainty in Financial Markets

This paper applies long-memory techniques (both parametric and semi-parametric) to examine whether Brexit has led to any significant changes in the degree of persistence of the FTSE 100 Implied Volatility Index (IVI) and of the British pound's implied volatilities (IVs) vis-à-vis the main currencies traded in the FOREX, namely the euro, the US dollar and the Japanese yen. We split the sample to compare the stochastic properties of the series under investigation before and after the Brexit referendum, and find an increase in the degree of persistence in all cases except for the British pound-yen IV, whose persistence has declined after Brexit. These findings highlight the importance of completing swiftly the negotiations

with the EU to achieve an appropriate Brexit deal.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere





FERDINAND FICHTNER

Handels poker mit Trump: Europäische Geschlossenheit trotz unterschiedlicher Positionen

Dr. Ferdinand Fichtner ist Leiter
der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin.
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Die US-Regierung hat entschieden, die EU zumindest bis Ende Mai von Schutzzöllen auf Aluminium und Stahl auszunehmen. Entspannung will sich aber trotzdem nicht einstellen, weil in der EU unterschiedliche Politikstile kollidieren: Die deutsche Regierung will darauf setzen, Trump durch das Angebot gegenseitiger Zollsensungen von seinem Plan abzubringen. Dagegen sehen andere Länder und die EU-Kommission offensichtlich nicht ein, dass man der US-Politik jetzt durch Zollgeschenke entgegenkomme, wo doch die USA die Regeln der Welthandelsorganisation WTO missachtet hätten; vielmehr sollten Gegenzölle in Erwägung gezogen werden.

Beide Argumentationen sind schief. Grundsätzlich schaden Zölle dem Wirtschaftsraum, den sie vorgeblich schützen sollen. Sie führen dazu, dass bisher importierte Produkte selbst produziert werden müssen. Das hört sich zunächst mal nicht schlecht an – es kann Arbeitsplätze in den durch den Zoll geschützten Branchen schaffen –, führt aber zu steigenden Preisen für diejenigen, die die (teureren) inländischen Produkte weiterverarbeiten oder verbrauchen. Verwendet beispielsweise die amerikanische Autoindustrie teuren US-Stahl anstatt des billigeren europäischen Stahls, so sinken dort die Margen oder die Preise für in den USA produzierte Autos steigen. Beides ist aus US-Sicht nicht günstig und überwiegt in der Regel bei weitem etwaige positive Effekte des Zolls. So schadet die US-Regierung nicht nur europäischen Exporteuren, die weniger in die USA verkaufen, sondern auch der eigenen Bevölkerung, wenn die Zölle tatsächlich eingeführt werden.

Mit Gegenzöllen durch die europäische Seite würde weiter an dieser Kostenspirale gedreht: Zu den Mehrkosten infolge der US-Zölle kämen die oben beschriebenen Belastungen von Einfuhrzöllen, diesmal für die europäische Wirtschaft. Auch besteht die ernste Gefahr, dass die US-Seite mit weiteren Zöllen reagieren würde – zum eigenen Schaden, aber eben auch zu erheblichen Kosten für die europäische und gerade die exportorientierte deutsche Wirtschaft.

Die Befriedungspolitik der deutschen Regierung hat vor diesem Hintergrund durchaus ihren Charme. Man scheint Trump beim Wort zu nehmen, der vorgibt, auf einen freieren Welthandel hinwirken zu wollen, indem man ihm einen *Zollsensungswettbewerb* statt eines *Zollerhebungswettbewerbs* anbietet. Nur sprechen viele frühere Äußerungen Trumps nicht dafür, dass ein freier Welthandel sein wahres Ziel ist. Vielmehr scheint es ihm um einen „fairen“ Welthandel zu gehen, wobei „Fairness“ dabei in erster Linie auf eine offensichtliche Besserstellung der US-Wirtschaft abzielt. Tatsächlich dürfte die mit gegenseitigen Zollsensungen zwar verbunden sein, offensichtlich im Trump'schen Sinne wären sie aber wohl nicht: Die oben skizzierten Zollwirkungen lassen sich nur schlecht per Twitter erklären.

So könnte doch die konfrontative Strategie der EU-Kommission der bessere Weg sein. Die glaubhafte Drohung, auf die Einführung von US-Zöllen mit gezielten, symbolträchtigen Bereiche der US-Wirtschaft treffenden Gegenzöllen zu reagieren, könnte größeren Widerstand bei US-Wählerinnen und -Wählern nach sich ziehen als das Angebot gegenseitiger Zollsensungen.

Klar ist aber auch: Käme es zu dauerhaft höheren Zöllen und einer Eskalation des Konflikts, stünden alle Seiten schlechter da als bisher. Der größte Schaden wäre freilich, wenn sich die WTO als machtlos erwiese und weiter an Bedeutung verlöre. Parallel zu den bilateralen Verhandlungen muss daher auch ein Schlichtungsverfahren vor der WTO angestrebt werden.

Aber vielleicht muss es ja soweit nicht kommen und es gelingt den Europäern, Trump von seinen Plänen abzubringen. Ein innereuropäischer Dissens ist dabei nicht zwingend schädlich: Nach Art einer „Good Cop, Bad Cop“-Strategie sollte die europäische Seite sowohl ernstzunehmende Drohungen aussprechen als auch attraktive Auswege anbieten. Haben diese beiden Botschaften verschiedene Absender, so hätte Trump die Chance, gesichtswahrend einen Rückzieher zu machen, ohne dass dies zu Hause als Einknicken angekreidet wird.

Eine längere Fassung dieses Gastbeitrags ist am 6. Mai 2018 im Tagesspiegel erschienen.